

euro-barometer

▪ DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT



Nr. 21 MAI 1984

KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN
RUE DE LA LOI 200 • 1049 BRÜSSEL

EURO-BAROMETER

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DEUTSCHLAND UND DIE 1. ZUM PARLAMENT

- Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments und Wahlen im Juni 1984
- Vorstellungen vom Europäischen Parlament
- Für oder gegen den vom Europäischen Parlament genehmigten Entwurf eines Vertrages über die europäische politische Union
- Absicht, zur Wahl zu gehen
- Einstellung zu Europa und zur Europäischen Gemeinschaft
- Vorrangige Bereiche für ein gemeinsames europäisches Vorgehen
- Versuch eines europäischen "Referendums"

Nr. 21 - MAI 1984

Kommission der Europäischen Gemeinschaften
Rue de la Loi 200 - 1049 Brüssel

HINWEIS

DIE MEINUNGSUMFRAGEN, DEREN ERGEBNISSE UNTER DER BEZEICHNUNG EURO-BAROMETER ERSCHEINEN, WERDEN SEIT **1973** AUF INITIATIVE DER KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN ALLJÄHRLICH IM FRÜHJAHR UND IM HERBST DURCHGEFÜHRT, SEIT HERBST **1980** WIRD AUCH GRIECHENLAND EINBEZOGEN,

EINEM REPRÄSENTATIVEN QUERSCHNITT DER BEVÖLKERUNG IM ALTER VON 15 JAHREN UND DARÜBER WIRD EIN FÜR ALLE "DE R GLEICHLAUTENDER FRAGEBOGEN VORGELEGT: DIESER QUERSCHNITT STELLT SOMIT EIN REDUZIERTES - JEWEILS NEUES - MODELL DER BEVÖLKERUNG DES BETREFFENDEN LANDES DAR. AUF DIESE WEISE WURDEN ZWISCHEN DEM **14. MÄRZ** UND DEM **13. APRIL 1984 9.748** EINZELPERSONEN IN IHRER WOHNUNG PERSÖNLICH VON HAUPTBERUFLICHEN MEINUNGSFORSCHERN ODER -FORSCHERINNEN BEFRAGT.

DIE BEFRAGUNG VOR ORT WURDE UNTER DER VERANTWORTUNG VON **10** NATIONALEN INSTITUTEN DURCHGEFÜHRT, DIE SICH ZUM "EUROPEAN OMNIBUS SURVEY" ZUSAMMENGESCHLOSSEN HABEN, ALLE DIESE IM AUSSCHREIBEVERFAHREN AUSGEWÄHLTEN INSTITUTE UNTERLIEGEN DEN VOM ESOMAR (EUROPEAN SOCIETY FOR OPINION AND MARKETING RESEARCH) FESTGELEGTE BERUFSNORMEN, DIE NAMEN DIESER INSTITUTE UND DER IN DEN EINZELNEN LÄNDERN **MIT** DER ERHEBUNG BEAUFTRAGTEN FACHLEUTE SOWIE DIE TECHNISCHEN MERKMALE DER BEFRAGUNG SIND IM ANHANG AUFGEFÜHRT .

*

*

*

WIE BEI DERARTIGEN UNTERSUCHUNGEN ÜBLICH, ERGEBEN SICH AUS DEN GESTELLTEN FRAGEN SOWIE DEN VORGELEGTE ERGEBNISSEN UND ERLÄUTERUNGEN KEINERLEI POLITISCHE VERBINDLICHKEIT FÜR DIE KOMMISSION.

I N H A L T

	<u>Seite</u>
EINLEITUNG	
I. <u>DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DIE WAHLEN IM JUNI 1984</u>	1
1.1 BEKANNTHEITSGRAD DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DER WAHLEN	3
1.2 VORSTELLUNGEN VOM EUROPÄISCHEN PARLAMENT	8
1.2.1 Bedeutung der Rolle, die das Europäische Parlament gegenwärtig spielt	8
1.2.2 Rolle, die das Europäische Parlament spielen soll	10
1.2.3 Für oder gegen den Plan einer Europäischen Politischen Union	10
1.3 ABSICHT, ZUR WAHL ZU GEHEN ODER NICHT ZU WÄHLEN, UND GRÜNDE DAFÜR	15
1.4 NATIONAL WÄHLEN ODER EUROPÄISCH WÄHLEN?	22
1.4.1 Verhalten des Wählers: nationale Politik oder Europa-Politik?	22
1.4.2 Bild des europäischen Abgeordneten: Vorrang der nationalen Interessen oder Vorrang der Interessen der Europäischen Gemeinschaft?	24
1.5 VERSUCH EINER ZUSAMMENFASSUNG DER FÜR DIE BETEILIGUNG AN DER EUROPA-WAHL MASSGEBLICHEN FAKTOREN	27
II. <u>EINSTELLUNG ZU EUROPA UND ZUR EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT</u>	29
II.1 FÜR ODER GEGEN DIE EINIGUNG WESTEUROPAS	30
II.2 EINSTELLUNG ZUR EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT	32
11.2.1 Welcher Name wird für die "Europäische Gemeinschaft" bevorzugt?	32
11.2.2 Einschätzung in der Frage, ob das eigene Land durch seine Mitgliedschaft in der Gemeinschaft mehr Vorteile oder weniger Vorteile hat als die anderen Länder	34
II.2.3 Länder, die man lieber nicht in der Gemeinschaft sehen möchte	38
II.2.4 Allgemeine Einschätzung der Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Gemeinschaft	40

	<u>Seite</u>
II.3 ZIELE UND AUFGABEN FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE	40
II.3.1 Aufgaben, auf die die Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen konzentrieren sollten	40
II.3.2 Eine Art "Referendum" Über verschiedene Aspekte der europäischen Integration	44
II.4 VERSUCH EINER ZUSAMMENFASSUNG DER EINSTELLUNGEN ZU EUROPA, DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT UND DEN EUROPA-WAHLEN	49

EINLEITUNG

Zum zweiten Mal sind die nunmehr rund 200 Millionen Bürger der **Europäischen** Gemeinschaft aufgerufen, ihre **434** Vertreter im Europäischen Parlament zu **wählen (1)**. Die Wahlen werden am **14. und 17. Juni** - **fünf** Jahre nach den ersten Direktwahlen - stattfinden, und zwar wiederum nach nationalen Verfahren, da sich die Mitgliedstaaten nicht über ein einheitliches Wahlverfahren einigen konnten.

Unabhängig davon, welche Bedeutung ihnen **für** Funktionieren und Ausbau der Europäischen Gemeinschaft beigemessen wird **(2)**, lässt sich durch die Wahlen zum Europäischen Parlament ein unmittelbares **Bild** von der Einstellung der **Öffentlichkeit** zu der Gemeinschaft, ihren Organen und den in den **Europäischen** Verträgen festgelegten Zielen gewinnen.

Während die regelmässig durchgeführten **"Eurobarometer"-Umfragen** vor allem **darauf** abzielen, die Europäer über ihre europäischen Mitbürger zu informieren, vermitteln die in den zehn **Ländern** gleichzeitig durchgeführten Wahlen zu einem gemeinsamen Parlament einen hervorragenden Einblick in **gesellschafts-**politische Phänomene. **(3)**

All diese Erwägungen haben dazu geführt, zwei Wochen vor dem **Wahltermin** das Eurobarometer **Nr. 21** als Sonderausgabe erscheinen zu lassen.

Nachstehend veröffentlichen wir die Antworten auf **zwölf** Zusatzfragen, die im Rahmen des gleichen Fragebogens an die gleichen **Bevölkerungss-**proben **gerichtet** worden ist. Es handelt sich dabei um eine **Gemeinschafts-**initiative des Europäischen Parlaments und der belgischen Zeitung Le Soir **(4)**.

(1) 1979 gehörte Griechenland noch nicht der Gemeinschaft an; die griechischen Bürger haben im Oktober **1981** ihre Vertreter im Europäischen Parlament **gewählt**.

(2) Das Europäische Parlament übt **Beratungs-** und **Kontrollbefugnisse** aus, die in den Verträgen zur Gründung der Gemeinschaft festgelegt sind. Diese Befugnisse stehen ihm auf dem Gebiet der gemeinschaftlichen **Rechtsvorschriften** - insbesondere im Haushaltsbereich - zu. Das direkt **gewählte** Parlament hat sich mit der ihm eigenen Dynamik - wenn auch ohne die entsprechenden Befugnisse - eine Art allgemeines politisches Mandat eingeräumt, das sich nach und nach auf alle Bereiche ausgedehnt hat, in denen die **Völker** der Mitgliedstaaten gemeinsame Belange haben. Die **Einflussmöglichkeiten** des Europäischen Parlaments gehen also weit über **seine eigentliche Entscheidungsbefugnis** hinaus.

(3) Siehe hierzu "Die Europäer über sich selbst : 10 Jahre Eurobarometer - **1973-1983, Europäische Dokumentation Nr. 7/1983, Brüssel**

(4) Siehe Anmerkung (1) auf der **nächsten** Seite

Da die Befragung vor Ort zwischen Mitte **März** und Mitte April **durchgeführt** worden ist, stand **für** Auswertung und Berichterstattung nur sehr wenig Zeit zur Verfügung, so dass wir die Üblichen Kapitel ebensowenig **veröffentlichen konnten** wie alle Anhänge. Einige Kapitel können jedoch später **veröffentlicht werden** und werden mit den entsprechenden Ergänzungen im **Eurobarometer Nr. 22** vom Dezember **1984** erscheinen.

PAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DIE WAHLEN IM JUNI 1984

Wir weisen nochmals **darauf** hin, dass die Angaben bereits vor Beginn **des** Wahlkampfes **vor** Ort zusammengetragen worden sind.

Ein Vergleich dieser Ergebnisse mit der Umfrage vor den Wahlen vom Juni **1979** zeigt, dass der Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments - der Anteil jener Befragten, die angeben, kürzlich **"etwas"** gelesen oder gehört zu haben - mit nunmehr **75 %** im Gemeinschaftsdurchschnitt gegenüber **65 %** im April **1979** zugenommen hat.

Diese Zunahme des Bekanntheitsgrades des Parlaments geht jedoch merkwürdigerweise nicht mit einer entsprechenden Zunahme des Anteils jener Befragten einher, die spontan angeben können, dass es sich bei dem, was sie gelesen oder gehört hatten, um die "Wahlen" der Abgeordneten des Europäischen Parlaments handelte : im April **1979** konnten **67** von **100** Personen, die etwas gelesen oder gehört hatten, angeben, worum es sich handelte; im **März/April 1984** ist ihr Anteil auf **39 %** zurückgegangen.

Dies zeigt, dass die Kenntnisse über das Europäische Parlament recht verschwommen und zudem Schwankungen ausgesetzt sind; auch scheint das **Wahlereignis** häufig in der Masse der Informationen unterzugehen.

Der gewonnene Eindruck ist jedoch nicht negativ : **43 %** sind der Auffassung, dass das Europäische Parlament eine "sehr wichtige" oder "wichtige" Rolle in der Europäischen Gemeinschaft spielt; **38 %** sind **gegenteiliger** Meinung und **19 %** geben auf diese Frage keine Antwort.

Anmerkung zu Seite ■

(1) Dieser Initiative haben sich folgende Presseorgane angeschlossen :

- Belgien - "Le Soir" und "De Standaard",
- Dänemark - "Berlingske Tidende",
- Deutschland - "Frankfurter Allgemeine"
- Frankreich - "Le Matin"
- Irland - "The Irish Times"
- Italien - "La Repubblica",
- Luxemburg - "Télé-Luxembourg",
- Niederlande - "Gemeenschappelijke Pers Dienst" (G.P.D.),
- Vereinigtes Königreich - "The Times",
- Griechenland - "Eleftherotypia".

Diese Ergebnisse sind in den meisten Ländern zwar weniger gut als vor einem Jahr, vielfach jedoch besser als vor 5 Jahren (Deutschland, Frankreich, Danemark, Belgien), was in dem einen Fall situationsbedingt und in dem anderen **darauf zurückzuführen** sein mag, dass dem Parlament immer mehr Anerkennung zuteil wird.

Wenn die Meinungen über die gegenwärtige Bedeutung des Parlaments in der Gemeinschaft auch auseinandergehen, so wird doch in nahezu allen Ländern mehrheitlich der Wunsch nach einer Stärkung seiner Rolle geäußert. Eine Ausnahme bildet jedoch Danemark, wo zudem **40 %** der Befragten keine Antwort geben konnten oder wollten.

Nachdem das Europäische Parlament im Februar dieses Jahres über den Entwurf eines Vertrags zur Gründung einer Europäischen Union mit dem Ziel, die Aufgaben und Befugnisse der Gemeinschaft zu erweitern, abgestimmt hatte, sollte durch eine entsprechende "umfragegerecht formulierte" Frage ermittelt werden, ob eine europäische politische Union mit einer dem Europäischen Parlament verantwortlichen Regierung befürwortet oder abgelehnt wird (1).

Im Durchschnitt hat sich jeder dritte Europäer hierzu noch keine Meinung bilden können; in Irland und Frankreich sind dies nahezu **40 %** und in Danemark sowie dem Vereinigten Königreich beinahe **50 %**.

Im **Gemeinschaftsdurchschnitt** sowie in **8 von 10** Ländern spricht sich weitaus die Mehrheit der Antwortenden (**64** gegenüber **17 %**) für eine politische Union Europas aus.

Diese Gesamtergebnisse - und sogar die Einzelergebnisse der Länder - liegen recht nahe bei, den Abstimmungsergebnissen im Europäischen Parlament (**76 %** waren für und **10 %** gegen die Annahme des Entwurfs). In einigen Ländern (Belgien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Deutschland) sind die Parlamentarier in dieser Frage offensichtlich engagierter als die Bevölkerung; umgekehrt scheint in anderen Ländern wiederum (Frankreich, Griechenland) die Öffentlichkeit bereit zu sein, weiter zu gehen, als ihre Vertreter im Parlament.

Wieviele Europäer werden nun im Juni zur Wahl gehen? Derartige Prognosen sind naturgemäß schwierig; auch können die Umfrageergebnisse wegen des Erhebungszeitpunkts nur über den Trend Aufschluss geben. Die voraussichtliche Wahlbeteiligung könnte demnach im Juni 1984 mit **64 %** im Gemeinschaftsdurchschnitt geringfügig höher als 1979 (**62 %**), im Vereinigten Königreich und in Danemark - falls in den allerletzten Monaten nicht doch noch eine Mobilisierung erfolgt - relativ schwach sein, wenn auch höher als bei den letzten Europawahlen.

-
- (1) Manche Leute sagen : "Die europäischen Abgeordneten, die **1984** gewählt werden, sollten als erstes Ziel die Herstellung einer politischen Vereinigung der Mitgliedstaaten anstreben mit einer europäischen Regierung, die vor dem Europa-Parlament verantwortlich ist". Haben Sie eine Meinung zu dieser Aussage? Wenn ja, sind Sie sehr stark dafür - einigermaßen dafür - einigermaßen dagegen oder sehr stark dagegen?

Jene Befragten, die sich ihren Angaben **zufolge** an der **Wahl** beteiligen wollen, begründen ihr Verhalten in erster Linie mit einer **Grundsatzhaltung**, **häufig** jedoch **auch** damit, ein europäisches Bürgerrecht ausüben **zu** wollen. Innenpolitische Erwägungen spielen sicherlich **auch** eine Rolle, **werden** von den Befragten jedoch nicht als **am** entscheidendsten angesehen-

Jene Befragten, die nicht an den Wahlen **teilzunehmen** beabsichtigen, geben **überwiegend an**, in diesen Europawahlen keinen Sinn zu sehen.

Weitere Fragen geben Aufschluss über die Motivation der **europäischen** Wählerschaft sowie über die Faktoren, die **für** ihre Wahlbeteiligung massgeblich sind.

Bei ansonsten gleichen Voraussetzungen ist die Wahlbereitschaft bei jenen am grössten, die die Zugehörigkeit ihres Landes zur Europäischen Gemeinschaft **positiv beurteilen**, die Einigung Europas befürworten und eine Stärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments wünschen.

DIE EINSTELLUNG ZU EUROPA UND ZUR EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

Das Urteil über die europäische Einigungsbewegung fiel ebenso wie das Urteil über die Zugehörigkeit des eigenen Landes zur Europäischen Gemeinschaft insgesamt etwas weniger günstig aus als bei der letzten Meinungsumfrage vor 6 Monaten - dies vor allem in Griechenland. Kein Zweifel, dass diese Entwicklung eine Folge des Scheiterns der letzten Treffen des Europäischen Rates ist.

Auch der Anteil der Befragten, die die Auffassung vertraten, ihr Land habe von der Zugehörigkeit zur EG Vorteile gehabt, ist seit letztem Jahr in der Bundesrepublik Deutschland, in Danemark und Belgien, aber auch in Italien und in den Niederlanden zurückgegangen.

Was aber noch interessanter ist, sind die Antworten auf einige Fragen, die überhaupt zum ersten Mal oder zum ersten Mal seit mehreren Jahren gestellt wurden.

Die Bezeichnung für die Gemeinschaft : Begriffe sind nie neutral, und es ist kein Zufall, wenn wir Begriffe wie "Europäische Gemeinschaft", "Europäische Wirtschaftsgemeinschaft", "Gemeinsamer Markt", "Die Zehn", usw. verwenden, um das einzigartige und historisch so bedeutsame Unterfangen der Union europäischer Völker - die Europäische Gemeinschaft - zu bezeichnen.

Die Umfrage hat gezeigt, dass die Mehrheit der Befragten, die auf die entsprechende Frage geantwortet haben (7 von 10), der Bezeichnung "Europäische Gemeinschaft" den Vorzug gibt : durchschnittlich 40 % gegenüber 17 % für "Europäische Wirtschaftsgemeinschaft" und ebenfalls 17 % für "Gemeinsamer Markt". Allein die Briten kannten die Bezeichnung "Gemeinsamer Markt" häufiger als "Europäische Gemeinschaft".

Aber nicht nur zwischen den einzelnen Ländern - also abhängig von spezifischen Traditionen oder dem Sprachgebrauch - lässt sich eine Beziehung zwischen dem bezeichneten Gegenstand und der Bezeichnung nachweisen : So zeigt die Analyse, dass die Bezeichnung "Europäische Gemeinschaft" von denjenigen häufiger gewählt wird, die der Gemeinschaft positiv gegenüberstehen, während die anderen häufiger die restriktivere Beziehung "Gemeinsamer Markt" nennen.

Das oder die Länder, die man lieber nicht in der Gemeinschaft sehen möchte : Mehrmals wurde in den letzten **10** Jahren nach der Einstellung der Europäer zu ihren Partnern gefragt : das Vertrauen, das sie in sie setzen, wie nahe sie sich ihnen fühlen, usw.

Bereits im Herbst **1976** wurde die Frage gestellt, ob es ein oder mehrere Länder gibt - einschliesslich des eigenen - die besser nicht der Gemeinschaft angehören sollten.

1984 wie **1976** schloss die grosse Mehrheit der Befragten kein Land aus, wenn auch der Prozentsatz **1984** niedriger war : **70 %** im Jahr **1976** gegenüber **59 %** im Jahr **1984**. Neu sind hingegen die Spannungen - zweifellos ausgelöst durch die derzeitigen Probleme - die **1984** in den Antworten zum Ausdruck kommen. So nennt durchschnittlich einer von vier Befragten Grossbritannien: besonders **häufig** wird dieses Land in Frankreich (**41 %**) und in der Bundesrepublik Deutschland (**33 %**) genannt. Andererseits nennen auch 25 % der Briten Frankreich, aber nur **4 %** die Bundesrepublik, als Länder, die sie lieber nicht in der Gemeinschaft sehen möchten.

Zwei weitere Fragen, die möglicherweise weniger "**aktualitätsabhängig**" sind, verdienen ebenfalls **nähere** Beachtung.

In der ersten Frage geht es um die zwei Probleme, auf die die Länder der Gemeinschaft in den **nächsten** 5 bis **6** Jahren ihre Anstrengungen konzentrieren sollten.

Dabei wird **übereinstimmend** an erster Stelle die Schaffung **neuer** Arbeitsplätze genannt. An zweiter Stelle - wenn auch mit grossem Abstand - folgt das Problem der sozialen Sicherheit.

Allerdings gibt es geringfügige Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern : in Frankreich wird an zweiter Stelle die Verteidigung, in Italien die Landwirtschaft und in Griechenland die Hilfe **für** die benachteiligten Gebiete genannt.

Die Antworten auf die zweite Frage bilden eine Art Referendum über verschiedene Aspekte der europäischen Einigungsbewegung : gefragt wurde nach insgesamt acht Aspekten aus sehr unterschiedlichen Bereichen.

Dabei zeigt sich in den einzelnen Gemeinschaftsländern sowohl bei der Zustimmung als auch bei der Ablehnung weitgehende **Übereinstimmung**.

Durchschnittlich befürworten **8** von **10** der Befragten eine Art "**europäischen Rechtsraums**" und die Einführung eines europäischen Passes.

Rund **6** von **10** der Befragten wünschen die Harmonisierung der sozialen Leistungen (nur in Danemark ist die Mehrheit dagegen) und die Schaffung einer europäischen Währung (auch hier ist die Mehrheit der Danen und eine starke Minderheit der Briten dagegen).

Kaum weniger zahlreich sind diejenigen, die grundsätzlich akzeptieren, dass jeder Staatsangehörige eines Mitgliedstaates das Recht hat, in einem anderen Mitgliedstaat zu arbeiten (wieder ist die Mehrheit der Danen dagegen).

Schliesslich lehnen **45 %** der Europäer protektionistische Massnahmen gegenüber Waren aus dritten Ländern ab, allerdings sind hier die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern deutlicher : die Italiener sind mehrheitlich **für** den freien Warenverkehr, die Briten mehrheitlich dagegen.

Deutlich ablehnend stehen die Befragten nur zwei der vorgeschlagenen Möglichkeiten gegenüber : in keinem Land **würde** die Mehrheit der **Bürger** es akzeptieren, dass es nur einen Botschafter gibt, der die zehn Mitgliedstaaten in **Moskau** oder Washington vertritt, oder dass zu den nächsten olympischen Spielen eine gesamteuropäische Mannschaft entsendet **wird**.

Der Inhalt der Souveränität scheint also weniger **"resistent"** zu sein als einige ihrer Symbole.

*

*

*

Versucht man im Wege einer multidimensionalen Analyse, alle diese Ergebnisse in einer Aussage zusammenzufassen, so lässt sich sagen, dass rund ein Drittel der Befragten eine Art **"harten Kern"** Überzeugter **Europäer** bilden. Sie werden auf alle Fälle **wählen**, denn sie möchten die Rolle des **Europäischen** Parlaments in der Gemeinschaft **gestärkt** sehen.

Demgegenüber ist eine Minderheit von durchschnittlich rund **15 %** der Befragten (nur im Vereinigten Königreich und in Danemark sind es mehr) gegen die Einigung Europas und die Europäische Gemeinschaft. Sie halten die Rolle des Europäischen Parlaments **für** wenig wichtig, werden also - mit Ausnahme der **"überzeugten Gegner"** (vor allem in Danemark) - kaum zur Wahl gehen. Zwischen diesen beiden Extremen gibt es eine mehr oder weniger stark differenzierte Gruppe mit einem hohen Anteil (rund **36 %**) von Personen, deren Einstellung eher lau als feindlich und wenig interessiert ist, und eine andere Teilgruppe (fast **20 %**) von **"Gleichgültigen"** (oder die dies doch zumindest vorgeben).

Unter gleichbleibenden Umständen wird die Mobilisierung eines mehr oder weniger grossen Teils dieser potentiellen **Wähler** in den **Ländern**, in denen keine Wahlpflicht besteht, hauptsächlich davon abhängen, wie die Antworten auf so einfache Fragen **wie** die folgenden ausfallen :

- welche Ziele will Europa kurz- und langfristig erreichen?
- was kann das Europäische Parlament mit seinen derzeitigen **Befugnissen** bewirken?
- welche Befugnisse muss es fordern, damit die Kandidaten, die sich den **Wählern** stellen, glaubhaft sind ?

Soeben erschienen :

DIE **EUROPÄER ÜBER SICH SELBST**
Zehn Jahre Euro-Barometer - **1973-83**

Europäische Dokumentation **7/1983**

(Eine Informationsbroschüre der Europäischen Gemeinschaften, veröffentlicht in den Amtssprachen der Gemeinschaft sowie in spanisch und portugiesisch)

KAPITEL EINS

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT
UND DIE WAHLEN IM JUNI 1984

I

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT
UND DIE WAHLEN IM JUNI 1984

Damit die Entwicklung der Antworten auf dieselben Fragen und vor allem die Fortschritte bei der Sensibilisierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit gemessen werden können, müssen die im März-April 1984 ermittelten Antworten auf die Fragen nach dem Europäischen Parlament und den bevorstehenden Wahlen logischerweise im Vergleich mit den vorherigen Umfragen ausgelegt werden. Andererseits ist es, da es sich um die zweite allgemeine Direktwahl des Europäischen Parlaments handelt, besonders interessant, einen Vergleich mit den Ergebnissen vom April 1979 (1) anzustellen.

Wir werden je nach Fall auf einzelne Vergleiche eingehen.

Wir werden nacheinander folgendes prüfen:

- den Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments und der Wahl seiner Mitglieder, d.h. die Frage, ob die Befragten in letzter Zeit etwas über das Europäische Parlament gehört haben;
- die Vorstellungen vom Europäischen Parlament, d.h. die Einschätzung der Rolle, die das Parlament gegenwärtig in der Gemeinschaft spielt und der Rolle, die es in Zukunft spielen soll, In diesem Zusammenhang wurde eine Frage nach der Einstellung zu dem (vom Parlament am 14. Februar 1984 genehmigten) Entwurf einer Europäischen Union oder, genauer gesagt, nach der Rolle gestellt, die das Europäische Parlament bei der Herstellung einer "europäischen politischen Union" mit einer "europäischen Regierung, die dem Europa-Parlament verantwortlich ist" spielen könnte;
- die Absicht, im Juni zur Wahl zu gehen oder nicht zu wählen, und die entsprechenden Gründe;
- schliesslich den Unterschied zwischen den nationalen und europäischen Vorstellungen oder Anliegen in bezug auf das Vorgehen der Wähler einerseits und die Rolle des Europäischen Parlaments andererseits.

Die meisten dieser Fragen waren schon vorher gestellt worden.

(1) Siehe Euro-Barometer Nr. 11., Mai 1979.

1.1 BEKANNTHEITSGRAD DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DER WAHLEN

"Können Sie sich erinnern, in letzter Zeit in Zeitungen, Zeitschriften, Radio oder Fernsehen irgendetwas über das Europäische Parlament gelesen oder gehört zu haben? Können Sie sich noch erinnern, um was es sich dabei gehandelt hat?"

Im März-April 1984 sagten je nach Land sieben bis acht Personen, genauer gesagt, durchschnittlich 75% in der Gemeinschaft insgesamt aus, dass sie in der letzten Zeit etwas über das Europäische Parlament gelesen oder gehört hatten. Dieser Anteil ist etwas höher als im April 1979: damals betrug er 65% (ohne Griechenland) (1).

Wie die Tabelle 1 zeigt, ist der Anteil der Befragten, die aussagen, sie hatten etwas über das Parlament gelesen oder gehört, in fünf von neun Ländern, insbesondere in Deutschland, im Vereinigten Königreich und in Frankreich, höher als im April 1979; in den übrigen Ländern ist er praktisch genauso hoch (2).

Diese Ergebnisse könnten zu Optimismus bezüglich der Wahlbeteiligung Anlass geben. Wir werden noch sehen, ob hier nicht einige Vorsicht geboten ist (3).

Immerhin kann man feststellen, dass die Ergebnisse vom Frühjahr 1984 wesentlich positiver ausfallen als bei der vorherigen Umfrage. Der Anteil der Befragten, die etwas über das Europäische Parlament gehört oder gelesen haben, betrug im Oktober-November noch 48% (4) und hat sich folglich um mehr als die Hälfte erhöht. Zwischen Herbst 1978 und Frühjahr 1979 war ein ähnliches Phänomen zu beobachten, aber von geringerem Ausmass (5).

Handelt es sich bei dieser Zunahme der Bekanntheit des Europäischen Parlaments um eine Folge der Informationskampagne, die im März 1984 im Auftrag des Europäischen Parlaments von einer Gruppe von Werbeagenturen durchgeführt wurde? Schwer zu sagen.

(1) Das Gewicht der griechischen Bevölkerung im gewogenen Mittel für ganz Europa (3,4% der erwachsenen Bevölkerung) ist nicht so gross, als dass die Vergleiche zwischen der Neunergemeinschaft und der Zehnergemeinschaft verfälscht werden könnten. 1984 wäre beispielsweise der Durchschnitt "Gemeinschaft" ohne Griechenland 75,7 anstatt 75,4%.

(2) Im Falle Griechenlands ist der Vergleich mit 1979 nicht möglich.

(3) Siehe Seite 18.

(4) Siehe Euro-Barometer Nr. 20, Dezember 1983, S. 68.

(5) Damals betrugen die Werte 50 und 65%, was einer Zunahme um nur 30% entspricht.

Eine Sensibilisierungskampagne war bereits im Januar-Februar 1979 durchgeführt worden, also längere Zeit vor dem Wahltermin als 1984, so dass ein Vergleich zwischen den Auswirkungen der beiden Kampagnen schwierig wird.

Man kann jedoch feststellen, dass die durchschnittliche Zunahme der Bekanntheit des Europäischen Parlaments im Jahr 1984 in den drei Ländern, in denen die Kampagne noch nicht begonnen hatte, bevor die Zusammenstellung der hier vorgelegten Daten abgeschlossen war, etwas geringer ist (43%) als in den übrigen Ländern (53%). Dies soll nicht mehr als ein Hinweis sein, da noch viele andere Variablen eine Rolle spielen können (1).

- (1) In der nachstehenden Tabelle werden diese verschiedenen Anhaltspunkte rekapituliert: Bezugszeitraum und Art der Kampagne., Bezugszeitraum der Umfrage Euro-Barometer, Umfrage vor Ort, Entwicklung des Anteils der Befragten, die aussagen, sie hätten in der letzten Zeit etwas über das Europäische Parlament gehört oder gelesen,

Land(*)	Bezugs- zeitraum der In- forma- tions- kampagne	Art der Informa- tions- kampagne	Bezugs- zeitraum der Um- frage vor Ort	Haben in letzter Zeit etwas über das Europäische Parla- ment gehört oder gelesen		
				Oktober 1983	März/ April 1984	Zunahme (**)
Belgien	9-31/III	TV	14-30/III	35%	74%	+109%
Deutsch- land	5-26/III	Zeit- schriften	17/III- 9/IV	47	79	+ 70%
Frank- reich	4-31/III	TV	17/III- 9/IV	50	82	+ 62%
Ver- König- reich	-	-	19/III- 1/IV	48	72	+ 51%
Italien	5-30/III	TV	19/III- 5/IV	48	71	+ 49%
Irland	-	-	21/III- 6/IV	52	75	+ 46%
Nieder- lande	9-30/III	Zeit- schriften	24-31/III	52	73	+ 41%
Griechen- land	-	-	16-27/III	51	67	+ 31%
Luxem- burg	4-31/III	Massen- medien	22/III- 13/IV	67	81	+ 21%
Dänemark	5-29/III	Tages- zeitungen und Zeit- schriften	24/III- 1/IV	62	74	+ 19%

(*) Massgebend für die Reihenfolge war die Zuwachsrates der positiven Antworten.

(**) Die Zuwachsrates wurden auf der Grundlage nicht gerundeter Prozentsätze errechnet.

Wie wir gesehen haben, war die Bekanntheit des Europäischen Parlaments, die hier danach gemessen wird, ob die Gefragten etwas darüber gehört oder gelesen haben, in allen Ländern drei Monate vor den Wahlen im Juni 1984 relativ gross. Sie war sogar grösser als im April 1979 zwei Monate vor der Wahl, und sie war im Vergleich zu der Umfrage im vergangenen Herbst stark gestiegen.

Was beinhaltet diese Bekanntheit? Inwieweit ist die Wahl für die bejahende Antwort auf die simple Frage nach dem Europäischen Parlament bestimmend?

Hier ist es geboten, einige Abstriche zu machen oder zumindest auf der Grundlage der verfügbaren Angaben die voraussichtliche Wahlbeteiligung sehr vorsichtig zu beurteilen (1).

Die - oben wiedergegebene - Frage war gewissermassen eine Doppelfrage. Erstens wurden die Betreffenden gefragt, ob sie in letzter Zeit etwas Über das Europäische Parlament (das ausdrücklich als solches bezeichnet wurde) gehört oder gelesen hätten. Falls die Befragten diese Frage bejaht hatten, sollten sie ohne irgendwelche Hilfe oder Anhaltspunkte präzisieren, worum es sich gehandelt hatte.

Diese zweite Frage war weit schwieriger zu beantworten. Vergleichen wir nun die Ergebnisse wieder mit denen von April 1979 und von Herbst 1983.

Im März-April 1984 können von 100 Personen, die aussagen, sie hätten in letzter Zeit etwas Über das Europäische Parlament gehört oder gelesen, weniger als vier von zehn (39%) spontan präzisieren, worum es sich gehandelt hatte,

Dieser Prozentsatz ist niedrig, weit niedriger als im April 1979 (67%), obwohl die Zunahme im Vergleich zum vorherigen Halbjahr 1983-1984 styrker war als 1978-1979 (2).

Welche Erklärung gibt es dafür?

Formal ist - wie wir bereits hervorgehoben haben - der zweite Teil der Antwort schwieriger als der erste; es Überrascht somit nicht, dass der Anteil der Befragten, die spontan angeben konnten, dass es sich um die Wahl handelte, geringer ist als der Anteil der Personen, die aussagen, sie könnten sich - mehr oder weniger vage - daran erinnern, in letzter Zeit irgendetwas Über das Europäische Parlament gehört oder gelesen zu haben.

-
- (1) Logischerweise - und die Nachforschungen Über die vorherige Wahl bestätigt dies - besteht eine starke Relation zwischen der tatsächlichen Beteiligung und der vorherigen Information. Siehe Euro-Barometer Nr. 20, Dezember 1983, S. 63.
 - (2) Obwohl die Zunahme zwischen Herbst 1983 und Frühjahr 1984 im Durchschnitt styrker ist in den sieben Ländern, in denen die institutionelle Informationskampagne im Laufe des Monats März stattfand, kann man nur schwer auf eine determinierende Wirkung dieser Kampagne schliessen. Betrachten wir z.B. die Fälle der beiden Länder, für die die Ergebnisse im Oktober 1983 gleich ausfielen und bei denen die Zunahme gleich gross war, d.h. in beiden Fällen sehr stark: Italien und Griechenland. Im Falle Italiens hatte die Kampagne (im Fernsehen) tatsächlich vor der Umfrage begonnen, während im Falle Griechenlands vor dem 15. Mai keine institutionelle Informationskampagne stattgefunden hatte; also haben andere Faktoren eine Rolle gespielt.

Aber diese logische Erklärung hatte schon 1979 ihre Richtigkeit; dennoch ist, obwohl der Prozentsatz der Befragten, die aussagen, sie hätten schon etwas über das Parlament gehört oder gelesen, höher ist als 1984, der Anteil derjenigen, die angeben können, dass es sich um die Wahl handelte, in allen Ländern weit niedriger. Es muss somit eine andere Erklärung geben,

Die Bekanntheit eines Ereignisses (einer Institution oder einer Persönlichkeit), d.h. die Tatsache, dass ein grosser Personenkreis darüber informiert ist, hängt von mehreren Kriterien ab, von denen zwei besonders wichtig sind: davon, ob die Medien regelmässig darüber informieren, und davon, welchen Stellenwert das Thema **für** die einzelnen Befragten hat.

Unbestreitbar befassten sich die Medien in den vergangenen Monaten viel intensiver mit dem Europäischen Parlament als gewöhnlich. Aber der Stellenwert **für** die Einzelpersonen liess zweifellos keine einigermaßen kohärente und kontinuierliche Information zu.

Ausserdem scheint es, dass die Wahl als bekanntes Ereignis im Jahr 1984 anders als 1979, als sie gewissermaßen ein Novum war, in der Masse der mehr oder weniger unklaren Informationen über das Europäische Parlament noch nicht fest Fuss gefasst hatte, bevor unsere Erhebung durchgeführt wurde.

Man könnte ohne Übertreibung sagen, dass viele Befragte, die aufrichtig geantwortet hatten, sie hätten etwas über das Europäische Parlament gehört oder gelesen, in der Situation von Leuten sind, die ein Geräusch (oder besser: eine Musik ...) gehört haben und weder Herkunft noch Bedeutung erkennen können (1).

*
* *

Die Tabelle 1 enthält die Gegenüberstellung der Ergebnisse von April 1979 und von März-April 1984 über:

1. den Anteil der Befragten, die aussagen, sie hätten in letzter Zeit etwas über das Europäische Parlament gehört oder gelesen;
2. den Anteil derjenigen unter den vorgenannten Befragten, die präzisieren können, dass es sich um die Wahlen zum Europäischen Parlament handelt.

(Siehe Tabelle 1)

-
- (1) Was bewirkt, dass einer Person ein bestimmtes Ereignis in Erinnerung bleibt? Wodurch erhält dieses Ereignis in der Masse seiner Wahrnehmungen ein besonderes Profil? Einerseits die Relation, die die betreffende Person zwischen dem Ereignis und sich selbst herstellt: die Folgen und was auf dem Spiel steht. Andererseits die Augenfälligkeit des Ereignisses: der Platz, den die Medien ihm einräumen natürlich, aber auch die Grösse des interessierten Personenkreises um sich herum und das Ausmass der Kontroversen, die das Ereignis in der Öffentlichkeit auslösen kann.

Im März-April 1984 galten **für** die Wahl des Europäischen Parlaments diese Bedingungen nicht oder noch nicht.

Tabelle 1

BEKANNTHEIT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DER WAHLEN

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	UK	GR	EG (1)
<u>April 1979</u>	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Haben in letzter Zeit etwas Über das Europäische Parlament gelesen oder gehört	65	76	60	65	73	77	76	76	55	:	65
- erwähnen spontan die Wahlen	(47)	(51)	(46)	(38)	(48)	(60)	(57)	(53)	(25)	:	(43)
- können nicht präzisieren, dass es sich um die Wahlen handelte	(18)	(25)	(14)	(27)	(25)	(17)	(19)	(23)	(30)	:	(22)
- haben nichts gelesen oder gehört	35	24	40	35	27	23	24	24	45	:	35
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Erwähnen die Wahlen von 100 Befragten, die etwas gehört oder gelesen haben	72%	68%	76%	59%	66%	78%	75%	70%	46%	:	67%
Haben in letzter Zeit etwas über das Europäische Parlament gelesen oder gehört	74	74	79	82	75	71	81	73	72	67	75
- erwähnen spontan die Wahlen	(40)	(36)	(38)	(39)	(27)	(29)	(21)	(24)	(10)	(24)	(29)
- können nicht präzisieren, dass es sich um die Wahlen handelte	(34)	(38)	(41)	(43)	(48)	(42)	(60)	(49)	(62)	(43)	(46)
- haben nichts gelesen oder gehört	26	26	21	18	25	29	19	27	28	33	25
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Erwähnen die Wahlen von 100 Befragten, die etwas gehört oder gelesen haben	54%	49%	48%	47%	36%	41%	26%	33%	14%	36%	39%

(1) Gewogenes Mittel der Befragten (über 15 Jahren) in jedem Land.

I.2 VORSTELLUNGEN VOM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Diese Frage ist schon häufig untersucht worden, unter anderem bei einer im Auftrag des Europäischen Parlaments durchgeführten Umfrage (1). Die Ergebnisse, die ergänzt und auf den neuesten Stand gebracht wurden, werden nachstehend dargelegt.

I.2.1 Bedeutung der e, die s E l a m e n t

"Spielt das Europa-Parlament im Leben der Europäischen Gemeinschaft zur Zeit eine sehr wichtige Rolle - eine wichtige Rolle - eine nicht sehr wichtige Rolle - oder eine überhaupt nicht wichtige Rolle?"

Im Durchschnitt meinen etwas mehr als vier von zehn Personen im März-April 1984, dass das Europäische Parlament eine "sehr wichtige" (9%) oder "wichtige" (34%) Rolle in der heutigen Gemeinschaft spielt; etwas weniger als vier von zehn Personen sind gegenteiliger Ansicht und 2 von 10 Befragten antworten nicht.

Man stellt fest, dass die Antworten im Mittelfeld ("wichtig" und "weniger wichtig") mit Abstand am häufigsten sind, was - selbst bei denen, die die Frage beantworten - zweifellos eine gewisse Schwierigkeit erkennen lässt, sich eindeutig festzulegen,

Wie auch immer, acht von zehn Befragten antworten eher positiv, am positivsten die Iren, die Luxemburger und die Griechen. Die Antworten der Niederländer und mehr noch der Deutschen sind eher negativ.

Wie die Tabelle 2 zeigt, sind diese Antworten in den meisten Ländern weniger positiv als ein Jahr zuvor, und dies unabhängig davon, ob das betreffende Land von der institutionellen Informationskampagne betroffen war.

Die Entwicklung über fünf Jahre ist jedoch in vier Ländern - Deutschland, Frankreich, Dänemark und Belgien - eher positiv (2).

(Siehe Tabelle 2)

(1) "Das Europäische Parlament und die Wahlen 1984", Diese Umfrage wurde im April 1983, ergänzend zu Euro-Barometer Nr. 19, durchgeführt.

(2) Die Ergebnisse für diese Länder zeigen, dass die Zahl derer, die nicht antworten, zurückgeht, insbesondere in Belgien. Es hat somit den Anschein, dass in der Masse, wie die Befragten besser über das Europäische Parlament Bescheid wissen oder sich eine genauere Vorstellung davon machen, der subjektive Stellenwert dieser Institution wächst.

Natürlich müsste man über eine grössere Zahl von Anhaltspunkten verfügen, um feststellen zu können, ob diese Hypothese richtig ist.

Tabelle 2

BEURTEILUNG DER ROLLE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS IN DER HEUTIGEN GEMEINSCHAFT

	B	DK	D	F	FR	I	L	NL	UK	GR	EG (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
April-Mai 1977											
Sehr wichtig	5	6	3	5	19	16	11	9	20	:	10
Wichtig	25	17	15	28	34	34	46	40	30	:	27
Nicht sehr wichtig	22	31	41	32	23	19	22	32	23	:	29
Überhaupt nicht wichtig	8	5	16	10	6	6	7	6	9	:	10
Keine Antwort	40	41	25	25	18	25	14	13	18	:	24
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100		100
Index (2)	2.46	2.40	2.07	2.36	2.80	2.80	2.71	2.60	2.73	:	2.49
April 1983											
Sehr wichtig	12	14	5	9	24	14	11	7	15	13	11
Wichtig	33	32	37	45	41	45	51	41	37	43	40
Nicht sehr wichtig	25	14	37	22	14	22	23	34	27	13	27
Überhaupt nicht wichtig	5	5	9	2	3	2	3	5	5	2	5
Keine Antwort	25	35	12	22	18	17	12	13	16	29	17
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (2)	2.69	2.85	2.42	2.77	3.03	2.87	2.81	2.57	2.73	2.96	2.69
März-April 1984											
Sehr wichtig	12	10	8	6	18	10	12	6	9	14	9
Wichtig	32	27	30	38	35	35	43	36	32	35	34
Nicht sehr wichtig	30	19	31	31	20	27	25	40	37	22	31
Überhaupt nicht wichtig	8	9	12	3	8	5	4	6	7	9	7
Keine Antwort	18	35	19	22	19	23	16	12	15	20	19
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (2)	2.59	2.58	2.42	2.61	2.78	2.65	2.74	2.48	2.52	2.67	2.55

(1) Gewogenes Mittel.

(2) Ermittelt durch Anwendung der Koeffizienten 4, 3, 2 und 1. Nicht-Antworten wurden nicht berücksichtigt. Der Mittelwert entspricht somit 2,5.

1.2.2 Rolle, die das Europäische Parlament spielen soll

"Würden Sie persönlich es eher begrüßen, wenn das Europa-Parlament eine wichtigere Rolle - oder eine weniger wichtige Rolle - spielen würde, als dies zur Zeit der Fall ist?"

Diese Frage ist seit Frühjahr 1983 dreimal gestellt worden. Die Antworten sind, wie Tabelle 3 zeigt, erstaunlich gleichbleibend und tendieren in den meisten Ländern dahin, dass das Europäische Parlament in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen **soll**, als dies gegenwärtig der Fall ist. Die einzige Ausnahme bildet Dänemark, wo zwei Drittel der Befragten nicht antworten oder spontan die Antwort "die gleiche Rolle" wählen (1). Im Vereinigten Königreich, wo die Nichtantworten ebenso zahlreich sind wie in den übrigen Ländern (ausgenommen Dänemark), gibt es etwas mehr Antworten zugunsten einer wichtigeren Rolle des Europäischen Parlaments (34%) **als** dagegen (24%).

Diese Ergebnisse zeigen folgendes: erstens wünschen die meisten Befragten in der gesamten Gemeinschaft und in neun von zehn Ländern eine Stärkung der Rolle des Parlaments, zweitens ist diese positive Haltung sehr gleichbleibend, ohne dass die institutionelle Informationskampagne den geringsten Einfluss darauf zu haben scheint.

(Siehe Tabelle 3)

1.2.3 Für oder gegen den Plan einer Europäischen Politischen Union

Das Europäische Parlament hat am 14. Februar 1984 mit grosser Mehrheit einen Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union genehmigt, der darauf abzielt, die gegenwärtigen Vertragsbedingungen zu ergänzen und auszubauen.

Nach Meinung der Initiatoren und derjenigen, die für den Entwurf gestimmt haben, dürfte die Genehmigung des Vertragsentwurfs eines der Probleme sein, zu denen die Bürger in irgendeiner Weise Stellung beziehen müssen, wenn sie im Juni 1984 ihre Vertreter wählen.

Hierzu wurde eine Frage gestellt, deren Wortlaut auf eine grossangelegte Umfrage zugeschnitten war:

"Manche Leute sagen: 'Die europäischen Abgeordneten, die 1984 gewählt werden, sollten als erstes Ziel die Herstellung einer politischen Vereinigung der Mitgliedstaaten anstreben mit einer europäischen Regierung, die dem Europa-Parlament verantwortlich ist'. Haben Sie eine Meinung zu dieser Aussage? Wenn ja, sind Sie sehr stark dafür - einigermassen dafür - einigermassen dagegen - oder sehr stark dagegen?"

(1) Diese Antwort, die nicht vorgesehen war, wurde von dem Interviewer notiert und berücksichtigt.

Tabelle 3

ROLLE, DIE DAS EUROPA-PARLEMENT SPIELEN SOLL

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	UK	GR	EG (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
<u>April 1983</u>											
Wichtigere Rolle	48	17	49	55	41	71	50	58	34	58	52
Gleiche Rolle (2)	16	29	17	16	20	10	33	20	20	6	16
Weniger wichtige Rolle	6	16	11	3	10	1	6	8	27	3	10
Keine Antwort	30	38	23	26	29	18	11	14	19	33	22
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<u>Oktober 1983</u>											
Wichtigere Rolle	50	19	57	60	46	76	58	56	48	70	59
Gleiche Rolle (2)	16	30	12	14	18	7	20	18	17	5	13
Weniger wichtige Rolle	12	22	10	5	12	2	9	10	20	4	10
Keine Antwort	22	29	21	21	24	15	13	16	15	21	18
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<u>März-April 1984</u>											
Wichtigere Rolle	53	15	44	54	40	67	57	56	34	65	50
Gleiche Rolle (2)	21	26	20	18	22	8	26	21	23	10	17
Weniger wichtige Rolle	10	19	10	4	11	2	3	8	24	4	10
Keine Antwort	16	40	26	24	27	23	14	15	19	21	23
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

(1) Gewogenes Mittel.

(2) Spontane Antwort.

Wie man feststellen kann, wurden die Befragten zuerst aufgefordert auszusagen, ob sie schon eine Meinung dazu haben. Damit wollten wir die Antworten "weiss nicht" bewusst "herausfiltern" (1),

Als erstes ist zu bemerken, dass durchschnittlich einer von drei Europäern noch keine Meinung dazu hat, was nicht weiter Überrascht bei einem **so** neuen Entwurf, der bisher ausserhalb des Europäischen Parlaments kaum erörtert worden ist und über den die Medien noch nicht viel berichtet haben. Keine Antwort geben vier von zehn Befragten in Irland (38%) und in Frankreich (39%) und fast einer von zwei Befragten in Dänemark (45%) und im Vereinigten Königreich (47%), .

Von denen, die antworten, ist die Überwiegende Mehrheit in der Gemeinschaft insgesamt (64 gegenüber 17%) sowie in acht von zehn Ländern **für** die Union. Dabei ist noch zu unterscheiden zwischen dem Vereinigten Königreich, wo eine kleine Mehrheit (46% gegenüber 37%), und Dänemark, wo nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung den Entwurf befürwortet (23 gegenüber 63%).

(Siehe Tabelle 4)

Es ist interessant, diese Ergebnisse mit denen der Abstimmung im Europäischen Parlament vom 14. Februar zu vergleichen.

Der Vertragsentwurf wurde mit 237 gegen 31 Stimmen bei 43 Enthaltungen genehmigt. 311 Abgeordnete nahmen an der Abstimmung teil, so dass die entsprechenden Prozentsätze 76,10 und 14 betragen.

In unserem repräsentativen Querschnitt der erwachsenen Bevölkerung betragen die Prozentsätze 64, 17 und 19%. Die Volksvertretung ist somit insgesamt **stärker für** den Entwurf als die Bevölkerung selbst.

Aber der Vergleich ergibt je nach Land etwas andere Werte, obwohl die Korrelation zwischen diesen beiden Arten von Daten sehr stark ist (2),

In drei Ländern (Belgien, Italien, Luxemburg) haben die Abgeordneten, die an der Abstimmung teilgenommen haben, einstimmig **für** den Entwurf gestimmt; in zwei weiteren Ländern haben fast alle Abgeordneten dafür gestimmt (96% in den Niederlanden und 92% in Deutschland). Es ist nicht Überraschend, dass in diesen fünf Ländern die Befürworterquote unter den "Vertretern" höher ist als unter den "Vertretenen",

(1) Eine Frage zum gleichen Problem war schon im Oktober 1983 gestellt worden, aber ohne diese Vorfrage, in einem anderen Kontext und mit beschränkteren Antwortmöglichkeiten (siehe Euro-Barometer Nr. 20, S. 71-73). Die bei beiden Umfragen ermittelten Antworten lassen sich daher schwer vergleichen,

(2) Korrelation zwischen den Prozentsätzen über die eindeutige Befürwortung des Entwurfs ("dafür" - "dagegen") : $r = ,91$.

Tabelle 4

FÜR ODER GEGEN DEN ENTWURF FÜR EINE EUROPÄISCHE POLITISCHE UNION

	B	OK	O	F	■RL	I	L	NL	UK	GR	EG (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
1. <u>Von 100 Befragten:</u>											
Haben noch keine Meinung	24	45	24	39	38	27	21	12	47	33	33
Sind:											
- sehr stark dafür	14	5	15	9	11	16	21	21		17	12
- einigermaßen dafür	31	7	33	31	23	42	34	42	17	24	31
- unentschieden	25	8	20	10	17	8	12	16	9	17	13
- einigermaßen dagegen	5	7	6	8	7	5	9	6	1	5	7
- sehr stark dagegen	1	28	2	3	4	2	3	3	9	4	4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
2. <u>Von 100 Befragten, die schon eine Meinung haben, sind:</u>											
- sehr stark dafür	19	9	19	15	18	22	27	24	13	26	18
- einigermaßen dafür	41	14	44	52	37	58	42	48	33	35	46
- unentschieden	33	14	26	16	28	11	15	19	17	25	19
- einigermaßen dagegen	6	13	8	12	11	6	12	6	21	7	11
- sehr stark dagegen	1	50	3	5	6	3	4	3	16	7	6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (2)	3.16	1.79	3.07	2.90	2.91	3.11	3.08	3.13	2.51	3.07	2.94

(1) Gewogenes Mittel,

(2) "Sehr stark dafür" = 4 (...)"sehr stark dagegen" = 1;"unentschieden" blieben unberücksichtigt. Der Mittelwert beträgt somit 2.5.

In den übrigen Ländern ist die Lage anders:

- In Frankreich und in Griechenland hatte das Bestehen einer offenen Opposition innerhalb eines Teils der Volksvertretung in Verbindung mit - wie es scheint - bestimmten von der Regierungspartei erteilten "Wahl-instruktionen" zur Folge, dass die Zahl der Befürworter niedriger war; der Anteil der Ja-Stimmen bei der Abstimmung vom 14. Februar war somit geringer als der Anteil der Befürworter bei der Euro-Barometer-Umfrage.
- In Irland und im Vereinigten Königreich dagegen hatten die europäischen Abgeordneten eine positivere Einstellung als einige Wochen später die Öffentlichkeit.
- In Dänemark schliesslich war die Ablehnung auf der Seite des Europäischen Parlaments ebenso stark wie innerhalb der Bevölkerung, aber die Minderheit der Befürworter ist etwas kleiner bei den Vertretern als bei den Vertretenen,

(Siehe Tabelle 5)

Tabelle 5

DER VERTRAGSENTWURF ÜBER EINE EUROPÄISCHE UNION
IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT UND IN DER ÖFFENTLICHKEIT

	Im Europäischen Parlament Abstimmung vom 14.2.84 (1)			In der Öffentlichkeit (März-April 1984) (2)		
	Dafür	Dagegen	Enthal- tungen	Dafür	Dagegen	Enthal- tungen
Belgien	100%	-	-	60%	7%	33%
Dänemark	14	64	22	23	63	14
Deutschland	92	-	8	63	11	26
Frankreich	52	12	36	67	17	16
Irland	71	29	-	55	17	28
Italien	100	-	-	80	9	11
Luxemburg	100	-	-	69	16	15
Niederlande	96	-	4	72	9	19
Ver. Königreich	53	28	19	46	37	17
Griechenland	47	11	42	61	14	25
INSGESAMT	76	10	14	64	17	19

1.3 ABSICHT, ZUR WAHL ZU GEHEN ODER NICHT ZU WÄHLEN; UND GRÜNDE DAFÜR

Diese Frage ist den Bürgern im Wahlalter mehrmals vor der Wahl von 1979 und jetzt wieder im April 1983 gestellt worden:

"Im Juni 1984 werden die Einwohner der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, einschliesslich der Bundesrepublik Deutschland, zur WdZ der Mitglieder des Europäischen Parlaments aufgerufen, Glauben Sie, dass Sie ganz bestimmt - wahrscheinlich - wahrscheinlich nicht - oder bestimmt nicht zur WdZ gehen?" (1)

Bei der Umfrage vor der Wahl 1984 wurden zum erstenmal zwei weitere Fragen gestellt:

- DENEN, DIE "GANZ BESTIMMT" ODER "WAHRSCHEINLICH" WAHLEN WOLLEN.

Auf der folgenden Liste stehen einige Aussagen, warum manche Leute sich an der nächsten WdZ zum Europa-Parlament beteiligen könnten (LISTE VORLEGEN). Welche dieser Gründe kommen Ihren eigenen für Ihre Wahlabsicht bei dieser WdZ nahe?" (MEHRFACHNENNUNGEN MOGLICH),

1. *Egal welche WdZ es ist, ich beteilige mich aus grundsätzlichen Erwägungen heraus,*
2. *Ich fühle mich als ein Bürger Europas, und es ist wichtig für mich, an der Europawahl teilzunehmen,*
3. *Es ist für mich eine Gelegenheit, meinen Standpunkt in der deutschen Politik zu zeigen.*
4. *Andere Gründe.*

- DENEN, DIE "WAHRSCHEINLICH NICHT" ODER "BESTIMMT NICHT" WAHLEN WOLLEN

Auf der folgenden Liste stehen einige Aussagen, warum manche Leute sich nicht an der nächsten WdZ zum Europa-Parlament beteiligen könnten (LISTE VORLEGEN), Welche davon kommen Ihren eigenen Gründen nahe, sich voraussichtlich nicht zu beteiligen? (MEHRFACHNENNUNGEN MOGLICH).

1. *Ich wähle in den seltensten Fällen,*
2. *Es lohnt sich, an einer nationalen WdZ teilzunehmen, aber einer Stimmabgabe bei einer Europawahl kann ich nichts abgewinnen.*
3. *Dadurch, dass ich nicht zur Wahl gehe, will ich zeigen, dass ich mit der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der EG nicht einverstanden bin.*
4. *Andere Gründe,*

(1) In den Ländern, in denen gesetzliche Wahlpflicht besteht, wurde präzisiert: "Angenommen, in Ihrem Land würde keine Wahlpflicht bestehen ...".

Wie die Erfahrung von 1979 gezeigt hat, sind die Antworten auf die erste Frage ("Werden Sie ganz bestimmt zur Wahl gehen?") ein ausgezeichneter Indikator. Allerdings ist daran zu erinnern, dass man im April 1979 in Deutschland die Antworten "wahrscheinlich" zu den Antworten "ganz bestimmt" hätte hinzurechnen müssen, um die Wahlbeteiligung genau zu ermitteln.

Wie steht es nun einige Wochen vor den Wahlen 1984?

Den im März-April ermittelten Antworten ist zu entnehmen, dass die Wahlbereitschaft insgesamt etwas grösser ist als im April 1979.

In der Tabelle 6 sind die Bruttoergebnisse ausgewiesen, die für jedes Land geprüft und interpretiert werden müssen.

(Siehe Tabelle 6)

Die Antworten "wird ganz bestimmt zur Wahl gehen" sind zwar ein Indikator, dessen Ergebnisse mit den Ergebnissen von 1979 übereinstimmen, doch müssen an den Bruttoergebnissen wie 1979 einige Korrekturen vorgenommen werden, so steht beispielsweise fest, dass die Wahlbeteiligung in Belgien und Luxemburg - Länder, in denen die Nicht-Beteiligung im Prinzip bestraft wird - weit höher sein wird, als den Antworten der befragten Wähler zu entnehmen ist. In Deutschland wiederum durfte sich das bereits 1979 beobachtete Phänomen wiederholen. Daher ist die Gesamtheit der Antworten "ganz bestimmt" und "wahrscheinlich" zweifellos der beste Indikator für die Wahlbeteiligung.

Unter Berücksichtigung dieser verschiedenen Korrekturen, die die Erfahrung nahelegt, sind wir daher der Meinung, dass die berichtigten Ergebnisse den besten Anhaltspunkt für die wahrscheinliche Wahlbeteiligung im Juni 1984 liefern. Insgesamt dürfte sie etwas höher sein als im Juni 1979: 64% gegenüber 62%.

In Tabelle 7 sind die Schätzungen nach Ländern aufgegliedert; sie entsprechen den vor Ort im März-April 1984, also vor Beginn der eigentlichen Wahlkampagne, ermittelten Daten.

(Siehe Tabelle 7)

*
* *

Warum wird man zur Wahl gehen und warum nicht? Wir wollen nun die Antworten auf die Zusatzfragen untersuchen, die wir den Befragten je nachdem, ob sie die Absicht geäußert hatten, zur Wahl zu gehen oder nicht, gestellt haben. Dabei darf man allerdings die Gründe, die die Antwortenden angeführt haben, und die massgeblichen Faktoren, derer sie sich nicht unbedingt bewusst sind, nicht verwechseln. Für uns wichtig sind die mehr oder weniger rationalen Erklärungen, die die Befragten geben, um ihre Absicht, zur Wahl zu gehen oder nicht zu wählen (1), vor sich selbst und gegenüber dem Befrager zu "rechtfertigen" (1).

(1) So gesehen ist unerheblich, dass eine bestimmte Anzahl derer, die geantwortet haben, sie würden ("ganz bestimmt" oder "wahrscheinlich") zur Wahl gehen, nicht wählen, oder umgekehrt, dass eine bestimmte Anzahl derer, die geantwortet haben, sie würden nicht wählen, schliesslich doch ihre Stimme abgeben.

Tabelle 6

ABSICHT, SICH AN DEN WAHLEN ZUM EUROPA-PARLAMENT ZU BETEILIGEN (1)

(Bruttoergebnisse)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	UK	GR	EG(2)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
<u>1979 (April)</u>	(3)						(3)				
Ganz bestimmt	:	52	34	65	56	85	:	60	32	:	53
Wahrscheinlich	:	18	36	17	26	12	:	22	29	:	24
Insgesamt	:	70	70	82	82	97	:	82	61	:	77
<u>1979 (10. - 13. Juni)</u>										(5)	
Effektive Wahlbeteiligung (4)	91.3	46.8	65.9	60.7	63.6	85.5	88.9	57.8	32.6	:	62.3
<u>1984 (März-April)</u>											
Ganz bestimmt	39	55	37	73	55	76	58	64	36	81	56
Wahrscheinlich	17	12	30	16	28	16	19	19	28	13	22
Insgesamt	56	67	67	89	83	92	77	83	64	94	78

(1) In die Wahllisten eingetragene Bevölkerung im Wahlalter.

(2) Gewogenes Mittel nach Massgabe der Zahl der eingetragenen Wähler in jedem Land, 1984 einschliesslich Griechenland.

(3) Frage wurde nicht gestellt.

(4) Quelle: Europäisches Parlament, Sammlung Wissenschaft und Dokumentation, Nr. 3, Dezember 1983.

(5) Im Oktober 1981: 78,6%.

Tabelle 7

SCHÄTZUNG DER WAHLBETEILIGUNG

	Beteiligung an früheren nationalen Wahlen	Beteiligung an der Euro- pawahl 1979	Beteiligung an den letzten nationalen Wahlen	SCHÄTZUNG FÜR 1984
Belgien	93.7% (17/12/78)	91.3%	94.5% (8/11/81)	90-92%
Dänemark	88.7 (15/2/77)	46.8	88.4 (10/1/84)	55
Deutschland	90.7 (3/10/76)	65.9	89.1 (6/3/83)	67 (1)
Frankreich	82.8 (12/3/78)	60.7	70.4 (14/6/81)	73 (2)
Irland	76.3 (16/6/77)	63.6	72.8 (24/11/82)	55
Italien	89.9 (3/6/79)	85.5	89.0 (26/6/83)	76
Luxemburg	90.1 (26/5/74)	88.9	88.9 (10/6/79)	88-90
Niederlande	88.0 (25/5/77)	57.8	81.0 (9/9/82)	64
Ver. Königreich	75.1 (3/5/79)	32.6	72.7 (9/6/83)	36 (3)
Griechenland			78.6 (4) (18/10/81)	81
GEMEINSCHAFT (5)	85.4	62.3	81.2	64

- (1) In Deutschland beträgt der Durchschnitt der von drei Meinungsforschungsinstituten durchgeführten Schätzungen 69%.
- (2) Diese Schätzung ist sicherlich zu hoch; die tatsächliche Wahlbeteiligung wird wahrscheinlich zwischen dieser Zahl und den Ergebnissen von 1979 liegen.
- (3) **Für** das Vereinigte Königreich ist diese Schätzung vielleicht zu niedrig; eine jüngere Umfrage des Instituts MARPLAN ergibt eine Beteiligung von 50%, was unserer Ansicht nach wiederum viel zu hoch ist. **Für** Nordirland beträgt unsere Schätzung 52%, ist also etwas niedriger als 1979 (57%).
- (4) In Griechenland fanden die Wahlen 1981 am gleichen Tag **für** das nationale Parlament und **für** das Europäische Parlament statt.
- (5) Gewogenes Mittel nach Massgabe der Zahl der eingetragenen Wähler in jedem Land.

Beginnen wir mit den Gründen, die von denen angeführt werden, die zur Wahl gehen wollen. Die beiden häufigsten sind grundsätzliche Erwägungen ("Egal, welche Wahl es ist, ich beteilige mich ...") und der Ausdruck einer pro-europäischen Überzeugung ("Ich fühle mich als ein Bürger Europas und es ist wichtig für mich, an einer Europawahl teilzunehmen"). Viel weniger zahlreich sind diejenigen, die wählen wollen, um ihren Standpunkt in der nationalen Politik zu zeigen.

Die Aufgliederung dieser Antworten nach Ländern ist aufschlussreich,

In den meisten Ländern überwiegen die grundsätzlichen Erwägungen; nur die Luxemburger und in geringerem Masse die Deutschen verweisen hauptsächlich auf das Gefühl, ein Bürger Europas zu sein. Der Zusammenhang zwischen Europawahl und nationaler Politik wird nur von etwa 25 bis 30% der Franzosen, Deutschen, Griechen und Luxemburger, die wählen wollen, zur Sprache gebracht.

(Siehe Tabelle 8)

Bei denen, die nicht wählen wollen, sind die Informationen, die wir ihren Antworten entnehmen können, wahrscheinlich weniger zuverlässig als im vorgenannten Fall, und zwar aus zweierlei Gründen: einmal aus statistischen Gründen, weil die Gruppe, die die Berechnungsgrundlage in den einzelnen Ländern bildet, kleiner ist, und zum anderen aus psychologischen Gründen, die damit zusammenhängen, dass sich die Befragten vermutlich scheuen, sich zu einem Verhalten zu äußern, das als tadelnswert gilt.

Trotz dieser Einschränkungen wird in fast allen Ländern, insbesondere in Belgien, Deutschland, im Vereinigten Königreich und in Dänemark, als Hauptgrund angeführt, dass man einer Europawahl nichts abgewinnen könne. Es werden noch andere Gründe angeführt, die bei dieser Umfrage jedoch nicht genauer ermittelt wurden; vermutlich soll damit die eben erwähnte Scheu, sich zu äußern, verschleiert werden. In Griechenland, das eine Sonderstellung einnimmt, erklären zwei Drittel der Personen, die an der Europawahl nicht teilnehmen wollen, dass sie in den seltensten Fällen wählen; in Anbetracht der geringen Zahl von Nichtwählern in diesem Land, wo unter gewissen Bedingungen Wahlpflicht besteht, ist es durchaus denkbar, dass die kleine Gruppe von Nichtwählern bei der Europawahl und bei einer nationalen Wahl tatsächlich die gleiche ist, auch wenn die beiden Wahlen nicht gleichzeitig stattfinden.

(Siehe Tabelle 9)

Tabelle 8

BEGRÜNDUNG FÜR DIE ABSICHT, ZUR WAHL ZU GEHEN (1)(2)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	UK	GR	EG (3)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
"Egal welche Wahl es ist, ich beteilige mich aus grundsätzlichen Erwägungen heraus"	45	40	40	55	60	58	32	52	46	60	51
"Ich fühle mich als ein Bürger Europas, und es ist wichtig für mich, an einer Europa-Wahl teilzunehmen"	36	39	50	44	32	41	58	38	42	19	42
"Es ist für mich eine Gelegenheit, meinen Standpunkt in der (nationalen) Politik zu zeigen"	15	22	25	23	14	17	31	19	18	27	21
Andere Gründe	4	6	5	1	2	2	2	6	3	-	3
Grundlage (4)	520	622	601	819	756	906	228	773	815	871	6 948

- (1) In die Wahllisten eingetragene Bevdölkerung im Wahlalter.
 (2) Die Gesamtzahl der Antworten kann höher sein als 100, weil jeder Befragte mehrere Antworten geben konnte. Der Prozentsatz der Nicht-Antworten (durchschnittlich 2%) ist aus der Berechnung ausgeklammert.
 (3) Gewogenes Mittel.
 (4) Zahl der Personen, die geantwortet haben,

Tabelle 9

BEGRÜNDUNG FÜR DIE ABSICHT, NICHT ZUR WAHL ZU GEHEN (1)(2)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	UK	GR	EG (3)
"Ich wähle in den seltensten Fällen"	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
	18	8	13	27	19	17	12	16	18	67	18
"Es lohnt sich, an einer nationalen Wahl teilzunehmen, aber einer Stimmabgabe bei einer Europa-Wahl kann ich nichts abgewinnen"	43	39	43	23	34	11	34	28	42	6	35
"Dadurch, dass ich nicht zur Wahl gehe, will ich zeigen, dass ich mit der Mitgliedschaft meines Landes in der EG nicht einverstanden bin"	12	24	17	11	11	4	10	10	19	7	15
Andere Gründe	27	29	31	44	36	68	46	49	21	20	33
Grundlage (4)	334	215	152	106	144	90	59	139	426	107	1 638

(1) (2) (3) (4) siehe Anmerkungen unter Tabelle 8. Die Nicht-Antworten liegen etwas über 8%.

1.4 NATIONAL WÄHLEN ODER EUROPÄISCH WÄHLEN?

Da einerseits die Teilnahme an einer Europawahl sehr wahrscheinlich ist, wenn man gewöhnlich an den nationalen Wahlen teilnimmt, und andererseits die Wähler offensichtlich zwischen diesen beiden Arten von Wahlen unterscheiden, haben wir versucht, die Analyse durch zwei Fragen zu vertiefen: die eine - die neu ist - betrifft das Verhalten des Wählers und die andere - die bereits mehrfach gestellt wurde - das Bild, das sich die Bürger von ihren Vertretern im Europäischen Parlament machen.

1.4.1 Verhalten des Wählers: nationale Politik oder Europa-Politik?

"Wenn Sie sich an der nächsten Wahl zum Europa-Parlament im Juni diesen Jahres beteiligen würden, würden Sie dann wählen:

- eher um Ihre Meinung über die Politik (Ihres Landes) auszudrücken;*
- oder eher **wn** Kandidaten zum Europa-Parlament **zu** schicken, deren Ansichten über Europa Ihren eigenen am nächsten kommen?" (1)*

Wenn die Antworten ehrlich sind und wenn eine klare Unterscheidung zwischen "nationaler Politik" und "Ansichten über Europa" getroffen werden kann, dann dürfte die überwiegende Mehrzahl der Wähler, die zur Wahl gehen wollen, dies eher unter Bezugnahme auf Europa als unter Bezugnahme auf die Politik ihres Landes tun (2).

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern sind gering. Nach Ausklammerung der Nicht-Antworten, um bessere Vergleichsmöglichkeiten zu haben, stellt sich heraus, dass die Griechen und die Dänen etwas häufiger als die anderen auf die nationale Politik Bezug nehmen,

(Siehe Tabelle 10)

(1) Die Frage wurde für die Zeitung Le Soir und eine Gruppe von Presseorganen der Gemeinschaftsländer gestellt.

(2) Die Antworten stimmen mit den weiter oben wiedergegebenen Antworten überein. (Siehe S. 19-20).

Tabelle 10

IA II ODER EUROPÄISCH WÄHLEN: VERHALT DES WÄHLERS

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	UK	GR	EG (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Wollen zur Wahl gehen:											
- eher um ihre Meinung über die nationale Politik ihres Landes auszudrücken	33	38	29	26	32	24	25	21	28	35	27
- eher um Kandidaten zum Europa-Parlament zu schicken, deren Ansichten über Europa ihren eigenen am nächsten kommen	61	52	57	68	61	65	70	66	67	55	64
Keine Antwort	6	10	14	6	7	11	5	13	5	10	9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Grundlage (2)	525	614	561	805	736	910	219	716	793	874	6 774

(1) Gewogenes Mittel.

(2) Eingetragene Wähler, die wählen wollen.

1.4.2 Bild des europäischen Abgeordneten: Vorrang der nationalen Interessen oder Vorrang der Interessen der Europäischen Gemeinschaft?

Welche der folgenden Haltungen erwarten Sie von einem Mitglied (Ihres Landes) im Europäischen Parlament:

- *Wahrung der Interessen der Europäischen Gemeinschaft als Ganzes, auch wenn dies nicht immer den augenblicklichen Interessen Ihres eigenen Landes entspricht;*
- *in allen Fällen Wahrung der Interessen des eigenen Landes ohne Rücksicht darauf, ob dies gut für die Europäische Gemeinschaft als Ganzes ist".*

Diese Frage wurde zwischen dem Frühjahr 1977 und Herbst 1979 sechsmal und jetzt wieder im März-April gestellt. Die Stabilität der Ergebnisse ist erstaunlich; sie zeigt deutlich, dass es sich um eine Art tieferer Überzeugung handelt, die mit der allgemeinen Einstellung zur europäischen Integration zusammenhängt.

Im Durchschnitt spricht sich jeder zweite der Befragten, die effektiv antworten, für den Vorrang der nationalen Interessen und auch jeder zweite für den Vorrang der Interessen der Gemeinschaft aus.

Vier Länder geben kontinuierlich den Interessen der Gemeinschaft den Vorrang: die Niederlande (die mit Abstand an der Spitze stehen), Deutschland, Italien und Frankreich.

Vier weitere Länder, denen sich nun Griechenland angeschlossen hat (das in dieser Frage am "nationalistischsten" ist), verlangen von ihren Vertretern eher, den nationalen Interessen Vorrang vor den europäischen Interessen zu geben: Dänemark, Irland, das Vereinigte Königreich und Belgien.

In Luxemburg halten sich die Ergebnisse, von kleineren Abweichungen abgesehen, nahezu die Waage, doch lässt die Größe der Stichprobe Kommentare zu diesen geringfügigen Schwankungen nicht zu.

(Siehe Tabelle 11)

*
* *

Mancher Leser mag sich fragen, ob nicht eine gewisse Unstimmigkeit zwischen Antworten auf die vorhergehende Frage und die jetzt behandelte Frage besteht. Selbst wenn man in beiden Fällen nur die Antworten der Wähler prüft, die die Absicht haben, im Juni zur Wahl zu gehen, erklären in der gesamten Gemeinschaft tatsächlich 7 von 10 Wählern unter denen, die eine Antwort geben, dass sie in das Europäische Parlament Kandidaten schicken wollen, deren Ansichten über Europa ihren eigenen am nächsten kommen, während nur jeder zweite Wähler ebenfalls unter denen, die eine Antwort geben, der Ansicht ist, dass sein Vertreter vor allem die Interessen der Gemeinschaft wahren muss. In Wirklichkeit sind die beiden Fragen sehr verschieden.

Tabelle 11

NATIONAL WÄHLEN ODER EUROPÄISCH WÄHLEN: BILD DES ABGEORDNETEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS (1)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	UK	GR	EG (2)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
1977 (Frühjahr und Herbst)											
Wahrung der Interessen der Europäischen Gemeinschaft als Ganzes, auch wenn dies nicht <u>immer</u> den augenblicklichen Interessen des eigenen Landes entspricht						50	48				
In allen Fällen Wahrung der Interessen des eigenen Landes, ohne Rücksicht darauf, ob dies gut <u>für</u> die Europäische Gemeinschaft als Ganzes ist.	43	49	38	40	57	43	44	28	53	:	43
Keine Antwort	18	17	17	12	6	7	8	9	6	:	11
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100		100
1978 (Frühjahr und Herbst1)											
Interessen der EG	38	30	43	43	30	47	46	62	36	:	43
Interessen des eigenen Landes	42	53	35	44	65	42	44	29	56	:	44
Keine Antwort	20	17	22	13	5	11	10	9	8	:	13
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100		100
1979 (Frühjahr und Herbst)											
Interessen der EG	38	27	47	39	35	51	44	62	36	:	44
Interessen des eigenen Landes	39	56	37	47	58	42	52	26	57	:	44
Keine Antwort	23	17	16	14	7	7	4	12	7	:	12
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100		100
1984 (März-April)											(3)
Interessen der EG	37	20	43	48	33	45	46	60	33	18	42
Interessen des eigenen Landes	48	55	39	40	54	44	45	29	54	69	45
Keine Antwort	15	25	18	12	13	11	9	11	13	13	13
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

(1) Gesamtheit der Befragten, einschliesslich derer, die nicht im wahlfähigen Alter oder nicht in die Wählerlisten eingetragen sind.

(2) Gewogenes Mittel.

(3) Ohne Griechenland betragen die Prozentsätze 42, 44 bzw. 14%.

Bei der Antwort auf die erste Frage begründet der Wähler gewissermaßen seine Beteiligung an der Europawahl, wenn er sagt, dass er bei der Wahl seines oder seiner Vertreter(s) vor allem an Europa denkt. Die zweite Frage, die von der persönlichen Entscheidung über die Wahlbeteiligung zweifellos unabhängiger ist, bezieht sich auf das Verhalten, das generell von einem europäischen Angeordneten erwartet wird, der zwischen den Interessen der Gemeinschaft und den augenblicklichen Interessen des eigenen Landes zu wählen hat. Es ist sicherlich schwieriger, eine hypothetische Gewissensfrage zu entscheiden als ein Verhalten zu begründen, das soeben als zumindest "wahrscheinlich" dargestellt worden ist.

Auf jeden Fall sind die Antworten auf die beiden Fragen - und zwar auf die zweite noch mehr als auf die erste - mit dem Grad der Wahlbereitschaft korreliert. Die Wähler, die "ganz bestimmt" zur Wahl gehen wollen, geben häufiger eine "supranationale" Antwort als die Wähler, die "wahrscheinlich" wählen werden.

(Siehe Tabelle 12)

Tabelle 12

1 STIMMA ODER WISCHEN : 11
DER EINGETRAGENEN WÄHLER, DIE ZUR WAHL GEHEN WOLLEN (1)
(Gemeinschaft insgesamt)

	Wollen zur Wahl gehen		"Wähler" insgesamt
	ganz bestimmt	wahrscheinlich	
	%	%	%
Wollen zur Wahl gehen:			
- eher, um ihre Meinung über die nationale Politik auszudrücken	28	35	30
- eher, um die Kandidaten zum Europa-Parlament zu schicken, deren Ansichten über Europa ihnen eigenen am nächsten kommen	72	65	70
Insgesamt	100	100	100
Erwarten von ihrem Vertreter im Europäischen Parlament:			
- Wahrung der Interessen der Gemeinschaft als Ganzes	54	44	51
- in allen Fällen Wahrung der Interessen des eigenen Landes	46	56	49

(1) "Keine Antwort" unberücksichtigt.

1.5 VERSUCH EINER ZUSAMMENFASSUNG DER FÜR DIE BETEILIGUNG AN DER EUROPA- WAHL MASSGEBLICHEN FAKTOREN

Wir haben weiter oben im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Europawahl eine Unterscheidung zwischen den Motivationen des Wählers und den für die Wahlbeteiligung massgeblichen Faktoren eingeführt (1). Die • mehr oder weniger bewussten und rational erfassten • Motivationen werden aus dem abgeleitet, was der Befragte **uns** zur "Erklärung" seines Verhaltens sagt; die **für** die Wahlbeteiligung massgeblichen Faktoren ergeben sich nach Analyse sämtlicher Angaben über eine bestimmte Person (Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Alter, Bildung, kognitive Fähigkeiten, Wertsystem, sozio-politische Einstellung, usw.),

Bei früheren Untersuchungen hat sich gezeigt, dass **für** die Beteiligung an der Europawahl abgesehen von den Variablen, die die Teilnahme an jeder nationalen Wahl beeinflussen, die Einstellung des Bürgers zu Europa und zur Gemeinschaft und die Einschätzung dessen, was **für** ihn bei dieser besonderen Wahl auf dem Spiel steht • dem Parlament beigemessene Bedeutung und gewünschte Rolle des Parlaments (2) • massgeblich sind.

Die einigen Wochen vor den Wahlen durchgeführte neuerliche Umfrage bestätigt die früheren Ergebnisse.

Ausgehend von der Gesamtheit der Hypothesen, die bei der Erstellung der Tabelle 7 ("Schätzung der Wahlbeteiligung") zugrundegelegt wurden, und unter Berücksichtigung sämtlicher gegenwärtig verfügbarer und bereits analysierter Daten können wir • um einen Anhaltspunkt zu geben • **für** die einzelnen Länder die wahrscheinliche Beteiligung an den Juni-Wahlen nach Massgabe der einflussreichsten massgeblichen Faktoren ermitteln.

Wie aus Tabelle 13 zu ersehen ist, entspräche einer durchschnittlichen Beteiligung von 64% **für** die Gemeinschaft insgesamt eine Beteiligung von 69% bei den Männern und von 59% bei den Frauen.

Bei den Meinungsführern ist in allen Ländern die Wahlbereitschaft grösser als bei den Nicht-Meinungsführern. Massgeblich **für** die Bereitschaft, zur Wahl zu gehen oder nicht, sind aber vor allem die Einstellung zu Europa (Italien), zur Gemeinschaft (Deutschland, Irland, Niederlande, Dänemark) und die Vorstellung von der gewünschten Rolle des Parlaments (Vereinigtes Königreich).

(Siehe Tabelle 13)

(1) Siehe S. 16.

(2) Euro-Barometer Nr. 20, Dezember 1983, S. 79-81.

Tabelle 13

WICHTIGSTE FAKTOREN FÜR DIE WAHLBETEILIGUNG MASSGEBLICHE FAKTOREN (1)

(März-April 1984)

SCHÄTZUNG DER BETEILIGUNG	B	OK	D	F	IRL	I	L	NL	UK	GR	EG
	90-92%	55%	67%	73%	55%	76%	88-90%	64%	36%	81%	64%
NACH GESCHLECHT:	(2)						(2)				
Männer		61	72	77	57	81		68	42	83	69
Frauen		50	63	69	53	71		60	32	78	59
NACH DER KOGNITIVEN MOBILISIERUNG:	(2)						(2)				
Meinungsführer (++)		70	84	89	73	90		78	50	87	85
(+)		66	72	79	64	82		66	41	85	69
(-)		47	63	68	52	72		55	39	79	59
Nichtmeinungsführer (--)		40	52	66	41	66		49	21	69	54
NACH EINSTELLUNG ZUR EINIGUNG EUROPAS:	(2)						(2)				
Sehr dafür		79	82	87	76	89		80	55	87	87
Eher dafür		63	74	70	58	76		61	37	81	63
Eher dagegen		53	54	66	50	62		51	29	82	48
Sehr dagegen		62	(42)	(58)	40	(55)		(27)	39	81	52
NACH BEURTEILUNG DER ZUGEHÖRIGKEIT ZUR EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT:	(2)						(2)				
Gute Sache		72	84	79	71	81		70	49	86	78
Weder gut noch schlecht		45	55	65	42	66		44	28	78	48
Schlechte Sache		60	43	64	41	69		(28)	32	84	45
NACH DER GEWÜNSCHTEN ROLLE DES EUROPA-PARLAMENTS:	(2)						(2)				
Wichtigere Rolle		75	86	81	69	82		74	50	84	81
Gleiche Rolle		67	67	71	57	71		66	36	77	55
Weniger wichtige Rolle		59	55	64	44	(74)		34	27	68	38

- (1) Die Basissschätzung beruht auf den Umfrageergebnissen unter Zugrundelegung der auf S. 16 erläuterten und auf S. 18 dargestellten Hypothesen. Die Schätzungen der Wahlbeteiligung nach Massgabe der verschiedenen entscheidenden Faktoren sind den Umfrageergebnissen direkt entnommen. Die Prozentsätze in Klammern wurden auf einer Grundlage unter n = 30 errechnet.
- (2) Da in Belgien und Luxemburg Wahlpflicht besteht, hätte es keinen Sinn, auf die gleichen massgeblichen Faktoren für die Wahlbeteiligung wie in den anderen Ländern Bezug zu nehmen.

KAPITEL II

EINSTELLUNG ZU EUROPA

UND ZUR EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

II

I ZU EUROPA

UND ZUR EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

In dieser Sondernummer des "Euro-Barometers", die vor allem der Europawahl gewidmet ist, wird nur kurz auf die Antworten auf die üblichen Fragen eingegangen, so dass mehr Raum für die neuen Ergebnisse zur Verfügung steht.

11.1 FÜR ODER GEGEN DIE EINIGUNG WESTEUROPAS

"Sind Sie alles in allem für oder gegen die derzeitigen Bemühungen zur Vereinigung Westeuropas? Sind Sie sehr dafür - etwas dafür - etwas dagegen - oder sehr dagegen?"

Die Umfrageergebnisse lassen gegenüber dem letzten Halbjahr in verschiedenen Ländern einen Rückgang erkennen, der jedoch nur im Vereinigten Königreich und in Griechenland signifikant ist. In dieser Entwicklung kommt zweifellos das Scheitern der Europäischen Räte von Athen (4. bis 6. Dezember 1983) und Brüssel (19./20. März 1984) zum Ausdruck.

Mit Ausnahme Dänemarks steht in allen Ländern weitaus die Mehrheit der Bevölkerung dem europäischen Einigungsgedanken nach wie vor positiv gegenüber.

(Siehe Tabelle 14)

Anmerkungen zu Tabelle 14 auf Seite 31:

- (1) 1973 nur Grossbritannien ohne Nordirland.
- (2) Gewogenes Mittel.
- (3) 1973 und 1975 lautete eine Antwortmöglichkeit "weder noch"; die entsprechenden Prozentsätze sind hier bei "keine Antwort" erfasst. Diese geänderte Formulierung erklärt vielleicht zum Teil, dass der auf "keine Antwort" entfallende Prozentsatz später zurückgegangen ist.
- (4) "sehr dafür" = 4, "sehr dagegen" = 1, "keine Antwort" unberücksichtigt.
- (5) Seit Oktober 1980 nur drei Umfragen.

TABELLE 14: ALLGEMEINE BEFÜRWORTUNG DER VEREINIGUNG WESTEUROPAS
(Entwicklung zwischen 1973 und 1984)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	UK(1)	GR	EG(2)
September 1973	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
sehr dafür	22	17	49	23	21	34	47	34	14	:	30
etwas dafür	38	28	29	45	31	36	33	39	23	:	33
etwas dagegen	3	14	4	3	8	2	1	8	15	:	6
sehr dagegen	2	18	2	1	4	1	-	7	15	:	5
Keine Antwort(3)	35	23	16	28	36	27	19	12	33	:	26
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	:	100
Index (4)	3.24	2.56	3.50	3.25	3.07	3.41	3.57	3.15	2.53	:	3.19
1975-1981 (9 Umfragen)										(5)	
sehr dafür	23	15	37	24	22	38	45	33	22	34	29
etwas dafür	41	30	40	51	40	44	39	43	36	28	42
etwas dagegen	5	18	6	6	10	5	7	7	13	10	8
sehr dagegen	2	17	2	2	4	1	2	4	10	10	4
Keine Antwort(3)	29	20	15	17	24	12	7	13	19	18	17
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (4)	3.20	2.53	3.31	3.17	3.05	3.34	3.37	3.21	2.85	3.03	3.17
April + Okt. 82 (kumuliert)											
sehr dafür	22	12	32	26	16	32	38	28	20	33	27
etwas dafür	42	30	46	52	40	46	40	47	40	29	45
etwas dagegen	7	19	8	6	11	6	9	10	15	7	9
sehr dagegen	7	18	3	1	4	1	2	5	6	6	3
Keine Antwort(3)	27	21	11	15	29	15	11	10	19	25	16
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (4)	3.16	2.45	3.20	3.20	2.95	3.29	3.27	3.09	2.93	3.17	3.14
April 1983											
sehr dafür	27	13	36	25	16	36	39	29	20	31	29
etwas dafür	41	32	49	50	39	44	39	46	40	30	45
etwas dagegen	6	19	5	5	9	5	8	10	15	6	6
sehr dagegen	1	18	1	1	4	1	3	5	5	6	3
Keine Antwort(3)	25	18	9	19	32	14	11	10	20	27	15
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (4)	3.25	2.48	3.30	3.20	2.98	3.34	3.27	3.11	2.93	3.17	3.18
Oktober 1983											
sehr dafür	23	12	34	29	21	35	47	33	29	40	31
etwas dafür	48	27	42	50	41	45	32	39	41	29	44
etwas dagegen	7	20	6	7	7	5	9	9	9	5	7
sehr dagegen	3	23	2	2	4	2	3	6	5	5	3
Keine Antwort(3)	19	18	16	12	27	13	9	13	16	21	15
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (4)	3.13	2.34	3.27	3.21	3.07	3.31	3.35	3.13	3.12	3.33	3.21
März-April 1984											
sehr dafür	20	11	27	29	17	28	43	30	17	28	25
etwas dafür	47	25	45	52	41	49	39	51	45	29	46
etwas dagegen	9	20	10	6	9	7	6	7	16	11	10
sehr dagegen	3	23	3	2	4	1	2	3	7	9	4
Keine Antwort(3)	21	21	15	11	29	15	10	9	15	23	15
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (4)	3.08	2.30	3.15	3.21	3.00	3.23	3.38	3.19	2.85	2.98	3.10

(1) (2) (3) (4) (5) siehe S. 30.

11.2 EINSTELLUNG ZUR EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

II,2,1 Welcher Name wird für die "Europäische Gemeinschaft" bevorzugt?

Die Berichte in Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen zeigen uns ebenso sehr wie amtliche Veröffentlichungen und offizielle Reden, dass die semantische Bezeichnung **für** die "Europäische Gemeinschaft" noch keineswegs festgelegt ist. Die Juristen verwenden zu Recht die in den Verträgen vorgesehene Bezeichnung "die Europäischen Gemeinschaften" (Europäische Gemeinschaft **für** Kohle und Stahl, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Europäische Gemeinschaft **für** Atomenergie). Dies ist jedoch nur eine juristische Fiktion; die gesellschaftspolitische Wirklichkeit ist eben die "Europäische Gemeinschaft", **So** haben das Europäische Parlament und der Rat 1978 beschlossen, die Verwendung dieser Bezeichnung in amtlichen Dokumenten zu fördern, "soweit dies möglich und wünschenswert ist" (1). Dieser Praxis hat sich, wenn von dem Rechtsgebilde als solchem und nicht von den ihm zugrunde liegenden Rechtsinstrumenten die Rede ist, auch der Gerichtshof angeschlossen. Die Journalisten wiederum haben in den verschiedenen Sprachen vereinfachte Bezeichnungen, wie z.B. Gemeinsamer Markt, Abkürzungen (C.E.E., E.E.C., MEC, EWG) und numerische Bezeichnungen wie "Europa der Zehn" oder "die Zehn" eingeführt und hoffähig gemacht.

Da diese vielen Bezeichnungen zu Verwirrungen führen können, haben wir versucht, durch nachstehende Frage zu ermitteln, welchem Namen die Öffentlichkeit den Vorzug gibt:

***"Die Bundesrepublik Deutschland und neun andere europäische Staaten gehören zur Europäischen Gemeinschaft, die auch "Gemeinsamer Markt", EG oder die Zehn genannt wird. Gibt es von den Namen dieser Liste einen, den Sie bevorzugen? Können Sie mir diesen Namen angeben?
(NUR EINE NENNUNG)***

Zunächst ist festzustellen, dass von den Befragten nahezu jeder Dritte keine Präferenz aussert. In Dänemark liegt dieser Prozentsatz bei 44, in Belgien bei 48 und in Griechenland sogar bei 51%.

In den meisten Ländern bevorzugt die Mehrheit der Befragten den Namen "Europäische Gemeinschaft. Die Briten ziehen "Gemeinsamer Markt" vor, während die Griechen gleich häufig "Europäische Gemeinschaft" und "Europäische Wirtschaftsgemeinschaft" und die Dänen gleich häufig "Europäische Gemeinschaft" sowie die Abkürzungen bevorzugen.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass jene Länder, die der europäischen Einigung und der Zugehörigkeit ihres Landes zur Gemeinschaft am positivsten gegenüberstehen, starker als die anderen dazu tendieren, dem Namen "Europäische Gemeinschaft" den Vorzug zu geben.

(Siehe Tabelle 15)

(1) Siehe Einführung von Giancarlo OLMI zu "30 Jahre Gemeinschaftsrecht", Brüssel, 1982, S. 3-4.

Tabelle 15

VOR ER NAME FÜR DIE EUROPÄISCHE INSC

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	UK	GR	EG (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
"Europäische Gemeinschaft"	32	26	56	32	34	45	52	44	30	26	40
"Europäische Wirtschaftsgemeinschaft"	19	7	14	18	13	22	7	25	12	25	17
"Europäische Gemeinschaften"	9	16	3	10	11	7	8	6	10	8	8
"Gemeinsamer Markt"	16	19	11	12	19	13	9	8	33	13	17
"Europa der Zehn"	17	5	6	23	4	9	11	5	2	19	10
"Sonstige Bezeichnungen (EG, usw.)"	7	27	10	5	19	4	13	12	13	9	8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Keine Antwort (einschliesslich "ist mir egal")	48%	44%	32%	21%	35%	23%	28%	29%	31%	51%	29%

(1) Gewogenes Mittel.

Ein Zusammenhang zwischen dem Objekt und seiner Bezeichnung ist jedoch nicht nur nach Ländern - d.h. nach den ihnen eigentümlichen kulturellen und sprachlichen Merkmalen - festzustellen. So ist festzustellen, dass jene Befragten, die die Zugehörigkeit ihres Landes zur Gemeinschaft "für eine gute Sache" halten, eher geneigt sind, den Namen "Europäische Gemeinschaft" zu bevorzugen, während Personen mit gegenteiliger Auffassung der enger gefassten Bezeichnung "Gemeinsamer Markt" den Vorzug geben.

Die Bezeichnungen sind somit nicht bedeutungsneutral.

(Siehe Tabelle 16)

11.2.2 Einschätzung in der Frage, ob das eigene Land durch seine Mitgliedschaft in der Gemeinschaft mehr Vorteile oder weniger Vorteile hat als die anderen Länder

Diese bereits im Frühjahr 1983 gestellte Frage ist im März/April 1984 erneut gestellt worden:

"Hat Ihrer Meinung nach die Bundesrepublik Deutschland insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG) Vorteile oder ist das nicht der Fall? Wenn JA: hat die Bundesrepublik mehr Vorteile oder weniger Vorteile von der Europäischen Gemeinschaft als die anderen Mitgliedsländer?"

Obwohl in allen Ländern mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches die Mehrheit der Befragten glaubt, dass das eigene Land Vorteile aus seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft hat, hat diese Auffassung in den letzten zwölf Monaten an Boden verloren. Besonders deutlich ist diese rückläufige Entwicklung in Italien, den Niederlanden, Deutschland und Belgien.

(Siehe Tabelle 17)

Die Mehrzahl jener, deren Meinung zufolge das eigene Land aus seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft Vorteile hat, hält diese Vorteile für ebenso gross wie die anderer Länder oder kann keine Antwort geben. Auch hier bildet wiederum das Vereinigte Königreich eine grosse Ausnahme: selbst innerhalb der die Minderheit bildenden Gruppe, deren Meinung zufolge das eigene Land aus seiner Mitgliedschaft in der Gemeinschaft Vorteile gezogen hat, ist die Mehrheit der Auffassung, dass diese Vorteile weniger gross sind als die anderer Länder.

Zu bemerken ist auch, dass die Griechen - die allerdings erst seit kurzem der Gemeinschaft angehören - sich gegenüber den anderen Ländern eher benachteiligt fühlen - auch dann, wenn sie einräumen, aus ihrer Mitgliedschaft Vorteile zu haben. Bei den Italienern, deren pro-europäische Einstellung so manches Mal hervorgehoben worden ist, ist eine gewisse Verbitterung zu erkennen.

(Siehe Tabelle 18)

Tabelle 16

BEVORZUGTER NAME FÜR DIE GEMEINSCHAFT NACH DER EINSTELLUNG

ZUR EG-MITGLIEDSCHAFT

(Gesamte ein

	Halten die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Gemeinschaft für:		
	eine gute Sache	Weder gut noch schlecht	Eine schlechte Sache
	%	%	%
Bevorzugter Name:			
"Europäische Gemeinschaft"	46	32	29
"Europäische Wirtschafts- gemeinschaft"	17	18	14
"Gemeinsamer Markt"	13	21	25
"Europa der Zehn"	10	11	10
"Europäische Gemeinschaften"	7	9	10
Sonstige Bezeichnungen	7	9	12
Insgesamt	100	100	100
Keine Antwort (einschliess- lich: "ist mir egal")	19%	33%	45%

(1) ohne "keine Antwort"

Tabelle 17

EINSCHÄTZUNG, DASS DAS EIGENE LAND DURCH SEINE MITGLIEDSCHAFT IN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT VORTEILE HAT

	R	DK	D	F	IRL	I	L	NL	UK	GR	EG (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
<u>März-April 1983</u>											
Hat Vorteile durch die Mitgliedschaft in der EG	59	51	49	54	56	69	74	78	32	44	52
- mehr Vorteile als andere Länder	11	9	8	5	16	13	15	14	4	8	8
- weniger Vorteile	8	6	16	12	15	19	13	10	15	13	15
- genauso viel (2)	35	24	10	27	20	24	36	42	7	9	18
- weiss nicht	5	12	15	10	5	13	10	12	6	14	11
Hat keine Vorteile durch die Mitgliedschaft in der EG	6	31	15	21	28	14	12	11	57	25	25
Keine Antwort	35	18	36	25	16	17	14	11	11	31	23
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<u>März-April 1984</u>											
Hat Vorteile durch die Mitgliedschaft in der EG	49	42	39	50	59	58	73	67	32	44	46
- mehr Vorteile als andere Länder	7	10	7	5	24	10	15	16	3	7	7
- weniger Vorteile	7	6	9	8	13	9	0	9	17	17	13
- genauso viel (2)	28	26(3)	12	31	15	18	36	32	7	8	17
- weiss nicht	7			6	7	11	12	10	5	12	9
Hat keine Vorteile durch die Mitgliedschaft in der EG	22	34	24	24	29	20	14	17	56	35	30
Keine Antwort	29	24	37	26	12	22	13	16	12	21	24
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

(1) Gewogenes Mittel.

(2) Spontane Antwort.

(3) Wegen eines technischen Fehlers ist eine Antwortmöglichkeit in Dänemark ausgelassen worden.

Tabelle 18

**EINSCHÄTZUNG, DASS DAS EIGENE LAND DURCH SEINE MITGLIEDSCHAFT IN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT MEHR VORTEILE
ODER WENIGER VORTEILE HAT ALS DIE ANDEREN LÄNDER**

	8	DK	D	F	IRL	I	L	NL	UK	GR	EG (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
März-April 1983											
Hat Vorteile durch die Mitgliedschaft in der EG:											
- mehr als die anderen	18	17	16	8	30	19	20	18	14	20	16
- weniger als die anderen	14	13	33	22	27	28	17	13	46	29	28
- genauso viel (2)	59	46	21	51	35	34	49	54	21	20	35
Weiss nicht	9	24	30	19	8	19	14	15	19	31	21
Insgesamt											
Prozentsatz der positiven Antworten											
März-April 1984											
Hat Vorteile durch die Mitgliedschaft in der EG:											
-mehr als die anderen	15	23	18	9	41	18	20	24	8	15	15
-weniger als die anderen	14	14	24	16	22	33	14	14	53	39	28
- genauso viel	58	} 63(3	29	62	26	31	50	48	22	17	37
Weiss nicht	13		29	13	11	18	16	14	17	29	20
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Prozentsatz der positiven Antworten	49%	42%	39%	50%	59%	58%	73%	67%	32%	44%	46%

(1) Gewogenes Mittel,

(2) Spontane Antwort.

(3) Wegen eines technischen Fehlers ist eine Antwortmöglichkeit in Dänemark ausgelassen worden.

II.2.3 Länder, die man lieber nicht in der Gemeinschaft sehen möchte

Wiederholt schon haben wir Fragen dazu gestellt, welche Meinungen und Einstellungen die Europäer zu ihren europäischen Mitbürgern haben - nicht um Vorurteile nähren zu helfen, sondern vielmehr um Gemeinsamkeiten zu messen,

Bereits im Herbst 1976 haben wir versuchsweise die nachfolgende Frage gestellt, die auch in dieser Umfrage **für** das Europäische Parlament und verschiedene Presseorgane einbezogen worden ist:

"Ich habe hier eine Liste mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Gibt es unter diesen Ländern der EG irgendwelche, die Sie lieber nicht in der Gemeinschaft sehen möchten, die Bundesrepublik eingeschlossen? Welche sind das? (MEHRFACHNENNUNGEN MOGLICH) (1)"

Ebenso wie 1976 springt auch 1984, wenn auch in deutlich geringerem Ausmass, ins Auge, das weitaus die Mehrheit der Befragten - 1976 sieben von zehn und 1984 sechs von zehn Personen - **kein einziges Land** aus der Gemeinschaft auszuschliessen wünscht,

Weiter ist festzustellen, dass 1984 ein einziges Land - nämlich Grossbritannien - eine erhebliche Anzahl negativer Meinungen auf sich vereint (25% der Befragten in der gesamten Gemeinschaft, **33%** in Deutschland, **38%** in Luxemburg und **41%** in Frankreich). (Umgekehrt geben **25%** der Briten an, dass sie Frankreich lieber nicht in der Gemeinschaft sehen möchten),

Überraschenderweise liegt der Anteil der Dänen (18%) und Briten (12%), die ihr eigenes Land lieber nicht in der Gemeinschaft sehen möchten, recht niedrig.

Die Erklärung hierfür mag darin zu suchen sein, dass diese Frage relativ schwierig ist, was sich sicherlich auch auf den Prozentsatz der abgelehnten Antworten ausgewirkt hat (2),

Wie dem auch sei: die Antworten sind gewissermassen ein Indikator **für** Spannungen, der sowohl die allgemeine Einstellung zur Gemeinschaft als auch die - von aktuellen Ereignissen beeinflusste - Einstellung eines Mitgliedstaats zu seinen Partnerländern wiedergibt.

(Siehe Tabelle 19)

(1) Es folgte die Liste der zehn Mitgliedstaaten (1979 ohne Griechenland).

(2) Lediglich als Anhaltspunkt sei bemerkt, dass der Anteil der Antwortenden, die ihr eigenes Land lieber nicht in der Gemeinschaft sehen möchten, in Dänemark bei 47% und im Vereinigten Königreich bei **28%** liegt. Auf der anderen Seite wurden 33% der Dänen Grossbritannien und 17% der **Briten** Dänemark lieber nicht in der Gemeinschaft sehen.

Tabelle 19

LÄNDER, DIE MAN LIEBER NICHT IN DER GEMEINSCHAFT SEHEN MOCHTE (1)

(1) Die Antworten zusammen machen mehr als 100% aus, da jeder Befragte mehrere Antworten geben konnte.

(2) Gewogenes Mittel.

II,2,4 Allgemeine Einschätzung der Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Gemeinschaft

"Ist allgemein gesehen die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft Ihrer Meinung nach eine gute Sache - eine schlechte Sache - oder weder gut noch schlecht?"

Gegenüber dem letzten Halbjahr haben sich die Antworten kaum verändert: leichte Zunahme der positiven Einschätzung in Frankreich, leichter Rückgang in Griechenland.

In allen Mitgliedstaaten, einschliesslich des Vereinigten Königreiches und Dänemark, wird die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft trotz der Schwierigkeiten und Spannungen nach wie vor überwiegend positiv beurteilt. In Dänemark ist jedoch der Unterschied zwischen den auf "eine gute Sache" und "eine schlechte Sache" entfallenden Prozentsätzen statistisch unerheblich; die Mehrheit der Dänen spricht sich weder mit Enthusiasmus **für** den Verbleib in der Gemeinschaft noch mit Entschiedenheit **für** einen Austritt aus, sondern scheint die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft mehr oder weniger resigniert zu akzeptieren.

(Siehe Tabelle 20)

II,3 ZIELE UND AUFGABEN **FÜR** DIE NÄCHSTEN JAHRE

Abschliessend bringen wir die Antworten auf zwei Fragen, die im Rahmen der **für** das Europäische Parlament und verschiedene Presseorgane durchgeführten Umfrage gestellt worden sind.

II.3.1 Aufgaben, auf die die Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen konzentrieren sollten

"Hier auf dieser Liste stehen einige Aufgaben der EG, Auf welche zwei dieser Liste sollten Ihrer Meinung nach die Staaten, die in der Europäischen Gemeinschaft zusammenarbeiten, ihre Anstrengungen in den nächsten fünf oder sechs Jahren konzentrieren?"

An erster Stelle steht in allen Ländern die Schaffung neuer Arbeitsplätze, mit einigem Abstand gefolgt von der sozialen Sicherung. Relativ weit oben rangieren ferner die Landwirtschaft in Griechenland und Italien, die Verteidigung in Frankreich und im Vereinigten Königreich, die Hilfe **für** die armen europäischen Regionen in Griechenland und Irland, die wissenschaftliche Forschung in Frankreich und die Hilfe **für** die Dritte Welt in den Niederlanden.

Die Gesamtergebnisse sind Tabelle 21 zu entnehmen; Aufschluss über die jeweilige Reihenfolge in den verschiedenen Ländern gibt Tabelle 22.

(Siehe Tabellen 21 und 22)

TABELLE 20: ALLGEMEINE EINSCHÄTZUNG DER MITGLIEDSCHAFT DES EIGENEN LANDES IN DER EG

	8	OK	O	F	IRL	I	L	NL	UK(1)	GR	EG(2)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
September 1473											
Gute Sache	57	42	63	61	56	69	67	63	31	:	56
Weder gut noch schlecht	19	19	22	22	21	15	22	20	22	:	20
Schlechte Sache	5	30	4	5	15	2	3	4	34	:	11
Keine Antwort	19	9	11	12	8	14	8	13	13	:	13
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	:	100
Index (3)	2.64	2.13	2.66	2.64	2.45	2.78	2.70	2.68	1.97	:	2.52
1974-1981 (16 Umfragen)										(4)	
Gute Sache	60	35	59	57	53	73	75	75	34	40	56
Weder gut noch schlecht	21	26	25	28	22	16	15	14	22	26	23
Schlechte Sache	4	29	6	7	19	4	4	4	37	21	13
Keine Antwort	15	10	10	8	6	7	6	7	7	13	8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (3)	2.66	2.06	2.59	2.54	2.36	2.73	2.70	2.76	1.97	2.21	2.47
April + Okt. 82 (kumuliert)											
Gute Sache	52	35	56	55	46	67	72	75	28	43	52
Weder gut noch schlecht	24	29	30	29	28	19	20	15	28	30	26
Schlechte Sache	6	26	7	8	20	5	4	5	38	13	14
Keine Antwort	18	10	7	8	6	9	4	5	6	14	8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (3)	2.55	2.10	2.53	2.50	2.27	2.69	2.70	2.74	1.90	2.36	2.42
April 1983											
Gute Sache	62	35	61	53	45	70	72	77	28	42	53
Weder gut noch schlecht	19	30	26	30	28	18	18	15	29	29	25
Schlechte Sache	3	24	5	7	20	4	5	4	36	12	13
Keine Antwort	16	11	8	10	7	8	5	4	7	17	9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (3)	2.70	2.12	2.60	2.51	2.27	2.71	2.71	2.75	1.91	2.35	2.45
Oktober 1983											
Gute Sache	62	35	57	55	42	76	70	80	36	47	55
Weder gut noch schlecht	19	28	24	29	26	17	16	10	30	30	24
Schlechte Sache	5	26	9	9	25	5	6	4	28	12	13
Keine Antwort	14	11	10	7	7	2	8	6	6	11	8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (3)	2.66	2.10	2.53	2.49	2.18	2.70	2.73	2.81	2.09	2.40	2.47
März-April 1984											
Gute Sache	59	31	53	62	43	70	80	80	34	38	55
Weder gut noch schlecht	25	30	31	27	27	20	14	13	30	35	27
Schlechte Sache	7	29	5	4	2	3	3	3	30	18	11
Keine Antwort	9	10	11	7	7	7	3	4	6	9	7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (3)	2.58	2.02	2.54	2.62	2.22	2.71	2.80	2.79	2.04	2.22	2.48

(1) 1973 und 1974 nur Grossbritannien ohne Nordirland.

(2) Gewogenes Mittel,

(3) "Gute Sache" = 3, "weder gut noch schlecht" = 2, "schlechte Sache" = 1, "keine Antwort" unberücksichtigt,

(4) Seit Oktober 1980 nur drei Umfragen,

Tabelle 21

AUFGABEN, AUF DIE DIE STAATEN, DIE IN DER GEMEINSCHAFT ZUSAMMENARBEITEN,
IHRE ANSTRENGUNGEN IN DEN NÄCHSTEN FÜNF ODER SECHS JAHREN KONZENTRIEREN SOLLTEN (1)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	UK	GR	EG (2)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Schaffung neuer Arbeitsplätze	82	66	68	75	87	76	85	73	77	49	73
Soziale Sicherheit	36	28	30	20	29	18	49	38	35	32	27
Verteidigung	14	10	16	26	10	16	8	13	24	20	19
Landwirtschaft	14	19	17	19	24	27	10	11	12	32	19
Hilfe für die armen Regionen Europas	10	14	15	11	25	19	11	9	16	33	16
Wissenschaftliche Forschung	14	13	12	24	6	16	12	9	12	12	15
Hilfe für die Dritte Welt	7	22	9	16	18	15	22	23	16	11	14
Keine Antwort	5	10	13	3	1	2	.	2	3	4	5

(1) Jeder Befragte konnte zwei Antworten geben, **so** dass der Gesamtprozentsatz über 100 liegt. Die Aufgaben sind hier in der Reihenfolge der Antworten aufgeführt, die in der Gemeinschaft insgesamt gegeben wurden.

(2) Gewogenes Mittel.

Tabelle 22

AUFGABEN, AUF DIE DIE GEMEINSCHAFTSLÄNDER IHRE ANSTRENGUNGEN KONZENTRIEREN SOLLTEN

- REIHENFOLGE NACH LÄNDERN (1)

BELGIEN		DANEMARK		DEUTSCHLAND		FRANKREICH		IRLAND	
Arbeitsplätze	82%	Arbeitsplätze	66%	Arbeitsplätze	68%	Arbeitsplätze	75%	Arbeitsplätze	87%
Soziale Sicherheit	36	Soziale Sicherheit	28	Soziale Sicherheit	30	Verteidigung	26	Soziale Sicherheit	29
Verteidigung	14	Dritte Welt	22	Landwirtschaft	17	Wissenschaftliche Forschung	24	Arme Regionen	25
Landwirtschaft	14	Landwirtschaft	19	Verteidigung	16	Soziale Sicherheit	20	Landwirtschaft	24
Wissenschaftliche Forschung	14	Arme Regionen	14	Arme Regionen	15	Landwirtschaft	19	Dritte Welt	18
Arme Regionen	10	Wissenschaftliche Forschung	13	Wissenschaftliche Forschung	12	Dritte Welt	16	Verteidigung	10
Dritte Welt	7	Verteidigung	10	Dritte Welt	9	Arme Regionen	11	Wissenschaftliche Forschung	6
ITALIEN		LUXEMBURG		NIEDERLANDE		VEREINIGTES KÖNIGREICH		GRIECHENLAND	
Arbeitsplätze	76%	Arbeitsplätze	85%	Arbeitsplätze	73%	Arbeitsplätze	77%	Arbeitsplätze	49%
Landwirtschaft	27	Soziale Sicherheit	49	Soziale Sicherheit	38	Soziale Sicherheit	35	Arme Regionen	33
Arme Regionen	19	Dritte Welt	22	Dritte Welt	23	Verteidigung	24	Landwirtschaft	32
Soziale Sicherheit	18	Wissenschaftliche Forschung	12	Verteidigung	13	Arme Regionen	16	Soziale Sicherheit	32
Wissenschaftliche Forschung	16	Arme Regionen	11	Landwirtschaft	11	Dritte Welt	16	Verteidigung	20
Verteidigung	16	Landwirtschaft	10	Arme Regionen	9	Landwirtschaft	12	Wissenschaftliche Forschung	12
Dritte Welt	15	Verteidigung	8	Wissenschaftliche Forschung	9	Wissenschaftliche Forschung	12	Dritte Welt	11

II.3.2 Eine Art "Referendum" über verschiedene Aspekte der europäischen Integration

"Angenommen, Sie müssten über die folgenden Vorschläge abstimmen, die danach gleichermassen für alle Länder der Europäischen Gemeinschaft gelten würden. Würden Sie dann dafür oder dagegen stimmen?"

- *Alle Bürger der Europäischen Gemeinschaft sollen die Möglichkeit bekommen, einen europäischen Pass zu erhalten, mit dem sie ungehindert in den zehn Ländern reisen können.*
- *Neben der eigenen soll eine europäische Währung eingeführt werden mit Geldscheinen **und** -stücken, die überall in den zehn Staaten genauso benutzt werden könnten wie die D-Mark hier in der Bundesrepublik,*
- *Zu den nächsten Olympischen Spielen soll anstatt von zehn Mannschaften, die die zehn europäischen Länder repräsentieren, eine europäische Mannschaft entsandt werden, die aus den besten Sportlern der Europäischen Gemeinschaft besteht.*
- *Es soll möglich gemacht werden, jeden einzusperren und vor Gericht zu bringen, der eines schweren Verbrechens angeklagt ist, auch wenn er Zuflucht in einem anderen Land der Gemeinschaft sucht,*
- *Es soll **nur** einen Botschafter **für** die Gemeinschaft geben, der die zehn Länder in Washington oder Moskau vertritt,*
- *Eine Firma soll Menschen aus jedem Land der Europäischen Gemeinschaft genauso einstellen können wie Deutsche.*
- *Jeder soll die gleichen Sozialleistungen erhalten wie in jedem anderen Land der Gemeinschaft, weder mehr noch weniger.*
- *Es soll verboten werden, Produkte aus anderen Ländern der Gemeinschaft vom Verkauf hier fernzuhalten.*

Die Antworten auf diese acht Fragen lassen deutlich einen europäischen Konsens erkennen. Von einigen Ausnahmen abgesehen, auf die wir noch zurückkommen werden, stimmen hier Zustimmung und Ablehnung von Land zu Land miteinander überein,

Zustimmung besteht in folgenden Punkten:

- Acht von zehn Europäern sprechen sich für eine Art Rechtsraum aus, innerhalb dessen es möglich sein soll, jeden einzusperren und vor Gericht zu bringen, der eines schweren Verbrechens angeklagt ist, auch wenn er Zuflucht in einem anderen Land der Gemeinschaft sucht,
- Ebenso befürworten acht von zehn Europäern einen europäischen Pass, der allen Bürgern der Mitgliedstaaten ausgestellt werden soll,
- Rund sechs von zehn Europäern (die Mehrheit der Dänen ist jedoch gegen- teiliger Auffassung) wünschen, dass die Sozialleistungen in der Gemein- schaft vereinheitlicht werden.

- Ähnlich gross ist die **Zustimmung** zur Einführung einer europäischen Währung, die jedoch wiederum von der Mehrheit der Dänen und einer starken Minderheit der Briten abgelehnt wird.
- Kaum weniger zahlreich sind im Durchschnitt jene Europäer, die grundsätzlich der Auffassung sind, eine Firma solle die Möglichkeit haben, auch Bürger anderer Mitgliedstaaten einzustellen; die Mehrheit der Dänen ist jedoch dagegen.
- 45% der Europäer lehnen jede Form von Protektionismus gegenüber Waren aus anderen Gemeinschaftsländern ab, doch sind die Unterschiede von Land zu Land hier ausgeprägter: während die Italiener weitgehend dafür sind, spricht sich eine deutliche Mehrheit der Briten und Dänen dagegen aus.

Die Ablehnung - so deutlich sie auch zum Ausdruck gebracht wird - konzentriert sich auf zwei Punkte: in keinem Land würde die Mehrheit der Bürger es akzeptieren, dass die zehn Länder in Washington oder Moskau von einem einzigen Botschafter vertreten werden, oder dass eine europäische Mannschaft zu den nächsten Olympischen Spielen entsandt wird. Die Souveränität als solche erscheint somit unverzichtbarer als einige ihre Symbole.

(Siehe Tabelle 23)

Die Prüfung der Gesamtergebnisse führt zu der Feststellung, dass bei jenen Ländern, die im Durchschnitt am häufigsten Zustimmung geäußert haben, Italien an der Spitze steht (durchschnittlich "dafür" sind 72, durchschnittlich "dagegen" 16%), gefolgt von Luxemburg und Griechenland, Frankreich und Belgien,

Im Vereinigten Königreich liegt der Anteil jener, die sich "dafür" ausgesprochen haben, nur geringfügig über dem sich "dagegen" aussprechenden Prozentsatz.

Dänemark ist das einzige Land, in dem die Ablehnung im Durchschnitt die Zustimmung überwiegt,

(Siehe Tabelle 24)

Diese Frage sollte nicht in erster Linie dazu dienen, Lorbeerkränze zu verteilen, sondern hatte vor allem die Untersuchung der Meinungsstruktur zum Ziel.

Sie liefert nichts weiter als einen Indikator, dessen Ergebnisse auf Länderebene in enger Korrelation mit der allgemeinen Einstellung zum europäischen Einigungswerk und zur Mitgliedschaft in der Gemeinschaft stehen.

Tabelle 23

EINE ART EUROPÄISCHES "REFERENDUM" (1)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	UK	GR	EG (2)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
"Es soll möglich gemacht werden, jeden einzusperren und vor Gericht zu bringen, der eines schweren Verbrechens angeklagt ist, auch wenn er Zuflucht in einem anderen Land der Gemeinschaft sucht".											
Dafür	76	78	77	83	74	86	88	93	90	66	83
Dagegen	12	11	12	9	13	6	7	4	6	17	9
Keine Antwort	12	11	11	8	13	8	5	3	4	17	8
"Alle Bürger der Europäischen Gemeinschaft sollen die Möglichkeit bekommen, einen europäischen Pass zu erhalten, mit dem sie ungehindert in den 10 Ländern reisen können".											
Dafür	77	53	79	86	82	93	92	83	71	88	82
Dagegen	9	33	11	7	9	3	6	12	23	3	11
Keine Antwort	14	14	10	7	9	4	2	5	6	9	7
"Jeder soll die gleichen Sozialleistungen erhalten wie in jedem anderen Land der Gemeinschaft, weder mehr noch weniger".											
Dafür	55	29	49	59	75	87	71	62	59	85	63
Dagegen	22	48	31	18	11	4	20	25	25	4	20
Keine Antwort	23	23	20	23	14	9	9	13	16	11	17
"Neben der eigenen soll eine europäische Währung eingeführt werden, mit Geldscheinen und -stücken, die überall in den zehn Staaten genauso benutzt werden könnten wie die D-Mark hier in der Bundesrepublik".											
Dafür	76	36	52	80	75	85	90	68	49	80	66
Dagegen	13	49	34	12	13	7	7	24	44	8	24
Keine Antwort	11	15	14	8	12	8	3	8	7	12	10

(1) Nach der Reihenfolge der durchschnittlichen prozentualen Zustimmung ("dafür" minus "dagegen") in der gesamten Gemeinschaft, Gesamtprozentsatz der Antworten gleich 100.

(2) Gewogenes Mittel.

Tabelle 23 (Fortsetzung)
EINE ART EUROPÄISCHES "REFERENDUM" (1)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	UK	GR	EG (2)
"Eine Firma soll Menschen aus jedem Land der Europäischen Gemeinschaft genauso einstellen können wie Deutsche".	47	34	55	55	47	82	59	52	52	59	59
	Dagegen	46	29	33	34	8	33	36	37	29	28
	Keine Antwort	20	16	12	19	10	8	12	11	12	13
"Es soll verboten werden, Produkte aus anderen Ländern der Gemeinschaft vom Verkauf hier fern zu halten".	40	27	40	40	37	75	52	38	31	44	45
	Dagegen	48	37	44	45	9	41	52	56	40	38
	Keine Antwort	25	23	16	18	16	7	10	13	16	17
"Es soll nur ein Botschafter für die Gemeinschaft geben, der die zehn Länder in Washington oder Moskau vertritt".	36	12	22	29	27	34	34	26	13	25	24
	Dagegen	69	58	55	53	42	52	60	78	51	58
	Keine Antwort	19	20	16	20	24	14	14	9	24	18
"Zu den nächsten Olympischen Spielen soll anstatt von zehn Mannschaften, die die zehn europäischen Länder repräsentieren, eine europäische Mannschaft entsandt werden, die aus den besten Sportlern der Europäischen Gemeinschaft besteht".	35	7	18	35	17	37	32	23	12	36	25
	Dagegen	77	62	50	70	46	51	59	81	40	59
	Keine Antwort	24	20	15	13	17	17	18	7	24	16

(1) (2) Siehe Anmerkungen auf Seite 46

Tabelle 24

ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE DER ERSTEN PHASE DER ERSTEN ERHEBUNG

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL		GR	(1)
Durchschnittssatz jener Personen, die sich bei den 8 Punkten "dafür" ausgesprochen haben.	55%	35	49	58	54	72	65	56	47	60	56
Durchschnittssatz jener, die sich "dagegen" ausgesprochen haben.	27	48	34	28	31	16	27	34	44	24	31
Differenz	28	-13	15	30	23	56	38	22	3	36	25

Die Kultur des jeweiligen Landes ist übrigens nicht die einzige Variable, die **für** die festgestellten Unterschiede massgeblich ist. Die Antworten auf einige Fragen korrelieren stark mit der kognitiven Mobilisierung der Antwortenden (2), so z.B. beim europäischen Pass und der Ablehnung einer Abschottung der Arbeitsmärkte innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Andere wiederum hängen mit der politischen Ideologie zusammen: so findet z.B. eine europäische Währung auf der linken Seite des politischen Spektrums mehr Unterstützung als auf der rechten Seite.

Alle diese Angaben werden später eingehend analysiert, Zunächst dürften die folgenden Schlussfolgerungen jedoch genügen:

- Es gibt eine europäische öffentliche Meinung, also länderübergreifende Bereiche der Zustimmung und der Ablehnung;
- diese europäische öffentliche Meinung - dies gilt jedoch nicht **für** Dänemark - steht Entscheidungen in Richtung auf die europäische Integration grundsätzlich eher positiv gegenüber;
- in allen Ländern wird den Symbolen für die nationale Souveränität - mit Ausnahme der Währung - noch ein sehr grosser Wert beigemessen.

(1) Gewogenes Mittel.

(2) Unter "kognitiver Mobilisierung" verstehen wir die Fähigkeit, sich **für** relativ komplizierte, einen nicht unmittelbar berührende oder abstrakte Fragen zu interessieren. Diese Variable wird hier anhand der Antworten auf zwei Fragen (Bereitschaft, auf die Umgebung Einfluss zu nehmen und Häufigkeit politischer Diskussionen) gemessen.

II,4 VERSUCH EINER ZUSAMMENFASSUNG DER EINSTELLUNGEN ZU EUROPA, DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT UND DEN EUROPAWÄHLEN

Alle Antworten auf die in dieser Erhebung gestellten Fragen nach der Einstellung zur Einigung Europas und der Gemeinschaft, nach der Rolle des Europäischen Parlaments, der Absicht, sich an der Wahl zu beteiligen usw., sind einer multidimensionalen Analyse unterzogen worden, deren wichtigste Ergebnisse sich wie folgt zusammenfassen lassen (1),

(Siehe Tabelle 25)

1. Rund ein Drittel der Befragten (33%) sind gewissermassen der "harte Kern" der "Proeuropäer":

- Sie stehen dem europäischen Einigungswerk und der Gemeinschaft (sowie der Bildung einer politischen Union) sehr positiv gegenüber;
- Die Engagiertesten innerhalb dieser Gruppe - die auch über den grössten Durchblick verfügen und gleichzeitig am anspruchsvollsten sind - neigen nicht dazu, der derzeitige Rolle des Europäischen Parlaments zu überschätzen; sie sind jedoch nahezu einhellig für eine Stärkung seiner Befugnisse;
- die Mehrzahl dieser Bürger wird sich an den Europawahlen beteiligen.

Innerhalb dieser "Avantgarde" sind die Männer engagierter als die Frauen. Sie haben einen relativ hohen Bildungsstand und sind überwiegend Meinungsführer,

Diese Bürger finden wir zwar in allen Mitgliedstaaten, doch sind die engagiertesten in Italien am zahlreichsten vertreten.

2. Eine Minderheit von durchschnittlich 15% ist eher gegen oder sehr gegen das europäische Einigungswerk und die Gemeinschaft. Sie halten die Rolle des Europäischen Parlaments für nur wenig bedeutend oder für unbedeutend, wobei die Hälfte dieser Gruppe seine Befugnisse noch stärker einzuschränken wünscht. Die am wenigsten engagierten Personen tendieren dazu, nicht zur Wahl zu gehen; der engagiertere Teil wird hingegen sehr wahrscheinlich an der Wahl teilnehmen.

Dieser Typus ist im Vereinigten Königreich und Dänemark besonders stark vertreten.

3. Zwischen diesen beiden Extremen liegt die mehr oder weniger abgegrenzte "Masse", die sich wie folgt einteilen lässt:

- Rund 36% der Gesamtbevölkerung, die zu Europa und zur Gemeinschaft eine eher "laue" als ablehnende Einstellung haben, sind in bezug auf die Rolle des Europäischen Parlaments geteilter Meinung: die einen tendieren eher dazu, seine Befugnisse nicht als gross anzusehen und wünschen einen Ausbau dieser Befugnisse, während die anderen seine Vollmachten eher als bedeutend ansehen, sie jedoch nicht zu erweitern wünschen;

(1) Technisch handelt es sich hier um eine typologische Analyse mit dem Ziel, aus der Vielzahl der Antworten, die von der Gesamtheit der Befragten gegeben wurden, bestimmte Typen herauszukristallisieren, die jeweils möglichst homogen sind und sich ausserdem möglichst genau von den übrigen Typen abgrenzen lassen.

- Eine Gruppe von nahezu **20%**, die als indifferent bezeichnet werden kann, da hier die Mehrheit die meisten Fragen im Zusammenhang mit Europa nicht beantwortet.

Die Wahlbeteiligung dieser Bürger hängt in allen Ländern, in denen keine Wahlpflicht besteht, von den organisierten politischen Kräften ab, Bei ansonsten gleichen Voraussetzungen hängt die Mobilisierung eines mehr oder weniger grossen Teiles dieses Wählerpotentials hauptsächlich mit der Antwort auf **so** einfache Fragen zusammen wie:

- Welche Nah- oder Fernziele werden **für** Europa angestrebt?
- Welches sind die derzeitigen Befugnisse des Europäischen Parlaments?
- Welche Befugnisse müsste das Parlament haben, damit die Abgeordneten uns von der Notwendigkeit, an der Wahl teilzunehmen, Überzeugen könnten?

Anmerkungen zu Tabelle Nr. 25 auf Seite 51

- (1) Der Typologie ist die " nicht gewichtete " Gesamtheit der Befragten in den zehn Ländern zugrunde gelegt worden. Die hier dargestellten Ergebnisse sind entsprechend der genauen Bevölkerungsstruktur gewichtet worden.
- (2) Diese Schätzung beruht auf den auf Seite 16 und 18 erläuterten Hypothesen; die Bruttoergebnisse der Umfrage sind somit unter Berücksichtigung der erwarteten durchschnittlichen Wahlbeteiligung (64%) neu berechnet worden. Sie verfolgt einzig und allein das Ziel, die beträchtlichen Schwankungen der Wahlbeteiligung (unabhängig von der Berechnungsgrundlage) entsprechend der Einstellung der Wähler zu veranschaulichen.

Tabelle 23

VERSUCH EINER TYPOLOGIE DER EUROPÄER VOR DEN WAHLEN ZUM PARLAMENT (1)

	Positive Einstel- lung zur Einigung Europas und zur Gemeinschaft (33.3%)		"Laue" Befür- wortung (35.6%)		Indiffe- rente Ein- Stellung (16.5%)	Ablehnende Ein- stellung zur Eini- gung Europas und zur Gemeinschaft (14.6%)	INSGE- SAMT
	Sehr engagiert (16.6%)	Weniger engagiert (16.7%)	Grössere Befugnisse für EP (21.1%)	Gleiche Befugnisse für EP (14.5%)		Weniger engagiert (12.5%)	Sehr engagiert (2.1%) (100%)
EINSTELLUNG NACH TYPUS							
Einigung Europas:							
- sehr dafür oder etwas dafür							
- etwas dagegen oder sehr dagegen							
Keine Antwort							
Insgesamt							
Europäische Gemeinschaft:							
- dafür							
- dagegen							
Keine Antwort							
Insgesamt							
Derzeitige Rolle des Europäischen Parlaments:							
- sehr bedeutend oder bedeutend							
- wenig bedeutend oder unbedeutend							
Keine Antwort							
Insgesamt							
Erwünschte Rolle für das Europäische Parlament:							
- grössere Befugnisse							
- gleiche Befugnisse							
- weniger grosse Befugnisse							
Keine Antwort							
Insgesamt							
ERWARTETE BETEILIGUNG AN DER WAHL ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT NACH TYPUS							
(2)							

(1) und (2) siehe Seite 20.

Tabelle 25 (Fortsetzung)

VERSUCH EINER TYPOLOGIE DER EUROPÄER VOR DEN WAHLEN ZUM PARLAMENT (1)

	Positive Einstellung zur Einigung Europas und zur Gemeinschaft (33.3%)		"Laue" Befürwortung (35.6%)		Indifferente Einstellung (16.5%)	Ablehnende Einstellung zur Einigung Europas und zur Gemeinschaft (14.6%)		INSGESAMT
	Sehr engagiert (16.6%)	Weniger engagiert (16.7%)	Größere Befugnisse für EP (21.1%)	Gleiche Befugnisse für EP (14.5%)		Weniger engagiert (12.5%)	Sehr engagiert (2.1%)	(100%)
<u>TYPENVERTEILUNG NACH LÄNDERN</u>								
Belgien	12%	21%	26%	9%	19%	13%	.	100%
Danemark	3	5	8	19	21	24	20	100
Deutschland	14	16	21	14	19	15	1	100
Frankreich	19	18	25	14	18	5	1	100
Irland	9	19	19	17	23	11	2	100
Italien	30	22	20	7	18	2	1	100
Luxemburg	20	30	24	11	10	5	.	100
Niederlande	20	19	23	20	9	8	1	100
Vereinigtes Königreich	6	9	16	24	12	29	4	100
Griechenland	10	24	31	5	20	6	4	100

ANNEXES / APPENDIX

INSTITUTS CHARGES DU SONDAGE ET SPECIALISTES RESPONSABLES /
INSTITUTES WHICH CARRIED OUT THE SURVEY AND EXPERTS IN CHARGE (x)

Belgique/België	DIMARSO N.V. rue des Colonies, 54 B-1000 Bruxelles Tél.: 02/219.24.08	Leo VEREYCKEN Nicole GOOSSENS
Danmark	GALLUP MARKEDSANALYSE A/S Gammel Vartov Vej 6 DK-2900 Hellerup Tél.: 01/29.88.00	Rolf RANDRUP
Deutschland	EMNID-INSTITUT GmbH Bodelschwinghstraße, 23-25a D-4800 Bielefeld 1 Tél.: 0521/210.58	Walter TACKE
Ellas	ICAP HELLAS S.A. Vas. Sophias, 64 GR-Athinai 615 Tél.: 01/7225.651	Anthony LYKIARDOPOULOS Tilemachos DIB
France	INSTITUT DE SONDAGES LAVIALLE 6-8 rue du 4 Septembre F-92130 Issy-les-Moulineaux Tél.: 554.64.11	Albert LAVIALLE
Ireland	IRISH MARKETING SURVEYS Ltd 19-20 Upper Pembroke Street IRL-Dublin 2 Tél.: 76.11.96	John F. MEAGHER
Italia	ISTITUTO PER LE RICERCHE STA- TISTICHE E L'ANALISI DELL'O- PINIONE PUBBLICA (DOXA) Galleria San Carlo, 6 I-20122 Milano Tél.: 02/790.871	Ennio SALAMON
Luxembourg	INSTITUT LUXEMBOURGEOIS DE RE- CHERCHES SOCIALES (ILRES) 6, rue du Marché-aux-Herbes GD-Luxembourg Tél.: 0352/475021	Louis MEVIS
Nederland	NEDERLANDS INSTITUUT VOOR DE PUBLIEKE OPINIE (NIPO) B.V. Barentzplein, 7 NL-1013 NJ Amsterdam Tél.: 020/24.88.44	Arnold WEIJTLANDT
United Kingdom (xx)	SOCIAL SURVEYS (GALLUP POLL) 202 Finchley Road UK-LONDON NW3 6BL Tél.: 01/794.0461	Norman WEBB Robert WYBROW

Coordination internationale /
International co-ordination

Hélène RIFFAULT
FAITS et OPINIONS
25, rue Cambon
F-75001 Paris
Tél.: 01/296.41.65

Toutes les données relatives aux Euro-Baromètres sont déposées aux "Belgian Archives for the Social Sciences", (1 Place Montesquieu, B-1348 Louvain-la-Neuve). Elles sont tenues à la disposition des organismes membres du European Consortium for Political Research (Essex), du Inter-University Consortium for Political and Social Research (Michigan) et des chercheurs justifiant d'un intérêt de recherche.

All Euro-Barometre data are stored at the Belgian Archives for the Social Sciences (1, Place Montesquieu, B-1348 Louvain-la-Neuve). They are at the disposal of all institutes members of the European Consortium for Political Research (Essex), of the Inter-University Consortium for Political and Social Research (Michigan) and of all those interested in social science research.

Pour tous renseignements sur les études d'opinion publique faites à l'initiative de la Commission des Communautés européennes, écrire à J.-R. RABIER, Conseiller spécial, 200 rue de la Loi, B-1049 Bruxelles.

For all information regarding opinion surveys carried out for the Commission of the European Communities, please write to J.-R. RABIER, special Counsellor, 200 rue de la Loi, B-1049 Brussels.

(x) Les dix instituts actuellement chargés de ces sondages ont formé entre eux THE EUROPEAN OMNIBUS SURVEY, dont le comité de direction comprend: Robert GIJS (DIMARSO, Bruxelles), Jan STAPEL (NIPO, Amsterdam) et Norman WEBB (Social Surveys, London). / The ten institutes which carried out these surveys have formed amongst themselves THE EUROPEAN OMNIBUS SURVEY of which the Management Committee comprises: Robert GIJS (DIMARSO, Brussels), Jan STAPEL (NIPO, Amsterdam) and Norman WEBB (Social Surveys, London).

(XX) Le sondage en Northern Ireland est fait en collaboration par le Irish Marketing Surveys et le Social Surveys (Gallup Poll). / The Northern Ireland Survey is conducted jointly by Irish Marketing Surveys and the Social Surveys (Gallup Poll).

ECHANTILLONNAGE / SAMPLING

L'objectif de la méthode d'échantillonnage est de couvrir de façon représentative la totalité de la population des dix pays de la Communauté âgée de 15 ans et plus.

L'échantillon de chaque pays est constitué à deux niveaux:

1° Régions et localités d'enquête

Les statistiques de la Communauté européenne divisent l'espace européen en 117 régions (voir liste ci-jointe). L'enquête a lieu dans 115 régions (Corse et Val d'Aoste exceptés).

Chaque pays a constitué aléatoirement un échantillon-maître de localités d'enquête de telle sorte que toutes les catégories d'habitat soient représentées proportionnellement à leurs populations respectives.

Au total, les interviews de l'enquête Omnibus Européenne ont lieu dans environ 1 150 points d'enquête.

2° Choix des personnes interrogées

Les personnes interrogées sont toujours différentes d'une enquête à l'autre. L'échantillon-maître aléatoire évoqué ci-dessus indique le nombre de personnes à interroger à chaque point d'enquête. Au stade suivant, les personnes à interroger sont désignées:

- soit par un tirage au sort sur liste dans les pays où on peut avoir accès à des listes exhaustives d'individus ou de foyers: Belgique, Pays-Bas, Danemark, Luxembourg;
- soit par échantillonnage stratifié sur la base des statistiques de recensement, l'échantillon étant construit à partir des critères de **sexe**, âge et profession: France, Italie, Royaume-Uni, Irlande, Allemagne;
- soit par une méthode combinant les deux précédentes (cheminement systématique): Grèce.

The sample has been designed to be representative of the total population aged 15 years and over of the ten countries of the Community.

In each country a two stage sampling method is used:

1° Geographical distribution

For statistical purposes the European Community divides Europe into 117 regions (see attached list). The survey takes place in 115 of these regions (Corsica and Val D'aoste excluded).

In each country a random selection of sampling points is made in such a way that all types of area (urban, rural, etc.) are represented in proportion to their populations.

The interviews are distributed in more or less 1 150 sampling points.

2° Choice of respondents

For each survey different individuals are interviewed in the master sample of sampling point described above. Within these sampling points the individuals to be interviewed are chosen:

- either at random from the population or electoral lists in those countries where access to suitable lists of individuals or households is possible: Belgium, Denmark, Netherlands, Luxembourg;
- or by quota sampling. In these cases the quotas are established by sex, age and occupation on the basis of census data: this system is used in France, Italy, United-Kingdom, Ireland and Germany;
- or by a method combining the two precedent ones ("random route"): Greece.

REGIONS : / GEOGRAPHICAL DISTRIBUTION

BELGIQUE/BELGIE

AN : Antwerpen
W.V. : West-Vlaanderen
O.V. : Oost-Vlaanderen
BR : Brabant
LI : Limburg
LIE : Liège
HAI : Hainaut
NA : Namur
LX : Luxembourg

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

S.H. : Schleswig-Holstein
STA : Stade
AUR : Aurich
OLD : Oldenburg
B : Bremen
LUN : Lüneburg
BR : Braunschweig
OSN : Osnabrück
HAN : Hannover
MUN : Münster
DET : Detmold
HIL : Hildesheim
DUS : Düsseldorf
ARN : Arnsberg
KAS : Kassel
AA : Aachen
KOL : Köln
TRI : Trier
KOB : Koblenz
DA.WI. : Darmstadt-Wiesbaden
U.F. : Unterfranken
O.F. : Oberfranken
SAA : Saarland
RH.PF. : Rheinhausen-Pfalz
N.B. : Nordbaden
N.W. : Nordwürttemberg
M.F. : Mittelfranken
O.PF. : Oberpfalz
N.BAY. : Niederbayern
S.B. : Südbaden
S.W. : Südwürttemberg
SCH : Schwaben
O.BAY. : Oberbayern
BER : Berlin

DANMARK

JYLL : Jylland
SJA : Sjaelland
FYN : Fyn

FRANCE

NORD : Nord
PIC : Picardie
H.N. : Haute-Normandie
R.P. : Région Parisienne
CHA : Champagne

LOR : Lorraine
AL : Alsace
B.N. : Basse-Normandie
BRE : Bretagne
P.LOI : Pays de la Loire
CEN : Centre
BOU : Bourgogne
F.C. : Franche-Comté
P.CH. : Poitou-Charentes
LIM : Limousin
AUV : Auvergne
R-A : Rhône-Alpes
AQU : Aquitaine
M.P. : Midi-Pyrénées
LAN : Languedoc
P.CDA : Provence-Côte d'Azur
COR : (Corse)

IRELAND

DON : Donegal
N.W. : North West
N.E. : North East
W. : West
M. : Midlands
E. : East
M.W. : Mid West
S.E. : South East
S.W. : South West

ITALIA

V.D.A. : (Valle d'Aosta)
PIE : Piemonte
LOM : Lombardia
T.AA : Trentino-Alto Adige
VEN : Veneto
F.VG : Friuli-Venezia-Giulia
LIG : Liguria
E-R : Emilia-Romagna
TOS : Toscana
UMB : Umbria
MAR : Marche
LAZ : Lazio
ABR : Abruzzi
MOL : Molise
CAM : Campania
PUG : Puglia
BAS : Basilicata
CAL : Calabria
SIC : Sicilia
SAR : Sardegna

LUXEMBOURG

LX : G.D. du Luxembourg

NEDERLAND

GR : Groningen
FR : Friesland
DR : Drenthe

OV : Overijssel
NH : Noord-Holland
GEL : Gelderland
ZH : Zuid-Holland
UT : Utrecht
ZE : Zeeland
N.B. : Noord-Brabant
LI : Limburg

UNITED KINGDOM

SCOTL : Scotland
N. : North
N.I. : Northern Ireland
N.W. : North West
Y.H. : Yorkshire and Humberside
WALES : Wales
W.M. : West Midlands
E.M. : East Midlands
E.A. : East Anglia
S.W. : South West
S.E. : South East

ELLAS

Kentriki Ellas kai Evia
Peloponnissos
Ionioi Nissoi
Ipiros
Thessalia
Makedonia
Thrdki
Nissoi Aigaiou
Kriti

POPULATION ETUDIEE, TAILLE DES ECHANTILLONS, DATES DU TRAVAIL /
SURVEYED POPULATION, SIZE OF THE SAMPLE, DATES OF FIELDWORK

	Population (1)		Echantillons / Samples (2) (Baro 21)	Dates (Baro 21)
	milliers / thousands	%		
B	7 878	3.66	1.018	14-30/III/1984
DK	4 070	1.89	997	24/III-1/IV
D	50 656	23.55	992	17/III-9/IV
GR	7 551	3.51	1 000	16-27/III
F	41 904	19.48	1 008	17/III-9/IV
IRL	2 408	1.12	1 002	21/III-6/IV
I	44 739	20.80	1 060	19/III-5/IV
L	298	0.14	300	22/III-13/IV
NL	11 075	5.15	1 015	24-31/III
UK	44 489	20.69	1 356	19/III-5/IV
CE/EC	215 068	100.00	9 748	14/III-13/IV/1984

RECOMMANDATION AU LECTEUR / ADVICE TO READERS

Il est rappelé que les résultats obtenus par sondage sont des estimations dont le degré de certitude et de précision dépend, toutes choses égales d'ailleurs, du nombre des individus constituant l'échantillon. Avec des échantillons de l'ordre de 1 000, on admet généralement qu'une différence inférieure à cinq pour cent entre deux pourcentages est au-dessous du niveau acceptable de confiance.

Readers are reminded that sample survey results are estimations, the degree of certainty and precision of which, everything being kept equal, rests upon the number of cases. With samples of about 1 000, it is generally admitted that a percentage difference of less than five per cent is below the acceptable level of confidence.

(1) 15 ans et plus / 15 years and over.

(2) Nombre d'interviews / Number of interviews.